einzelverkaufspreis : 1. 50 mark incl. 5,5 % mwst

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 99 1. 11 . 1975

D 22354 C

INLAND

AUSLAND

ERKLÄRUNGEN

Liebe ID-Freunde / Interessenten,

so sehen unsere Abonnements-Bedingungen aus : Zahlt bitte 18 Mark (für drei Monate) auf unser Postscheckkonto (siehe rechts oben), und mit Beginn des nächsten Monats schicken wir wöchentlich den ID zu. Zahlt auch bitte danach wieder im Voraus, oder mindestens 6 Mark regelmäßig für den laufenden Monat. Unser Geld ist knapp und wird durch verspätete Zahlungen und aufwendige Mahnaktionen noch knapper.

SCHÖNE GRÜSSE ID-KOLLEKTIV

herausgeber : frankfurter informations - dienst e. v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611 / 70 43 52

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 90 03 43

postscheckkonto :
frankfurter informations - dienst e. v.
6 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602

redaktionsschluß : donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur : f. kern

kontaktzentren :

463 bochum-querenbg.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz : eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01 / 39 12 67

druck : eigendruck

Hausmitteilung

ZUR VERBREITUNG UNTERDRÜCKTER NACHRICHTEN

Ein Mitglied des ID Kollektivs ist am Dienstag, den 21 Oktober, von einem Angestellten des Staatsschutzes, Abteilung T (Terror) besucht worden Dazu folgendes Gedächtnisprotokoll

„Es klingelt um 10 Uhr 30 Seit zwei Monaten wohne ich alleine Ich im Bademantel zur Tür, war schon ganz schon wach „HerrH ? " Vor mir steht ein etwa 27jähriger Typ in Jeans, kurze helle Haare, groß und kräftig „Ja", sage ich und bin etwas ärgerlich über die Unterbrechung meiner Frühstücksvorbereitungen Er „Kann ich reinkommen? " Nun bin ich morgens ein freundlicher Mensch und dachte „armer Vertreter, trink ne Tasse Kaffee mit"

Ich „Ja, kommen Sie rein" Er schon halb drinnen, ich bugsiere ihn in die Küche, guck ihn mir noch mal an und frage „Wie war Ihr Name? " Er „Burowski" und kramt einen Ausweis aus der Tasche, „vom Staatsschutz, Abteilung T "

Hallo, denk ich, bleib ruhig, macht dir deinen Kaffe, laß dir erst mal erzählen, was er will Da fällt mir ein, hat der Typ eventuell Knarre oder Tonbandgerät dabei? Ich „Was haben Sie denn so alles mit? ", sage es und fingere ihn sofort ab Jacke aufgeschlagen, abgetastet – er hatte nichts, zumindest habe ich es nicht gesehen Er war ziemlich perplex, behielt aber seine freundliche Rolle

Er „Sie waren in Portugal? "

Ich „Wieso, woher wissen Sie das? "

Er „Na, hören Sie mal, wir interessieren uns für alles "

Ich denke mir, spiel mal mit, vielleicht erfährst du was.

„Ja", sage ich „ein herrliches Land " Ich fange dann sofort an, zu fragen „Ja, sagen Sie mal, wie kommen Sie denn zum Staatsschutz? " und gieße das kochende Wasser auf den Tee, Kaffee ist alle „Und was wollen Sie hier bei mir? " Nach kurzem Hin und Her, er verdient angeblich 2 500 Mark im Monat, war verheiratet, wohnt jetzt alleine in einem 360 Mark Appartement mit allem, fährt auch privat einen BMW, Adresse und Autonummer will er mir nicht geben. Dann rückt er raus „Mir ist es ja auch nicht angenehm, ich habe Auftrag, Sie wegen des ID's aufzusuchen" Ich „Ach du lieber Gott, wie war Ihr Name, Burowski? " Er „Sehen Sie mal, ich bin selber in der SPD und mir paßt auch so einiges nicht, aber daß da so einige mit Gewalt die Reaktion zwingen wollen, das ist zuviel, deswegen bin ich bei dieser Abteilung, aber auch wenn alle hochgenommen sind, gibt es immer noch die Institutionen " Und das sagt er ganz eindringlich Dann „Sie müssen doch jetzt Ihr Examen machen, was werden Sie dann tun? " Ich „Arbeiten" und zähle auf, was ich alles kann, und daß es bestimmt für mich Arbeit geben wird Er ist noch nicht so ganz zufrieden und schlägt vor, man solle sich häufiger unterhalten, er würde mir Informationen geben, soweit das ginge, und ich solle ihm Informationen geben über den ID Ich „Wieviel zahlen Sie? " Er lacht Vorher hat er noch vom MEK erzählt, nachdem ich ihn gefragt hatte, ob er Katharina Blum gesehen hat Hat er nicht, aber er kenne die Leute vom MEK, er sei während seiner Ausbildung auch kurz dabei gewesen, und daß das nun wirklich ganz „harte Typen" seien „Die werden richtig scharf gemacht, die will auch keine andere Abteilung mehr haben "

Zwischendurch bemerkte er mal „Sie haben ja mal in der Schumannstr. 69 gewohnt (Die Nr. 69 war Teil des besetzten Wohnblocks, der am 21. Februar 1974 geräumt und abgerissen wurde – siehe ID 24 und Sondernummer), die ist ja nun leider abgerissen " Ich „Wieso, die Nr. 51 steht noch bombig " Er „Ach so, da hab ich mich nicht so genau umgesehen "

Es klingelt wieder. W. steht vor der Tür. Mir fällt ein Stein vom Herzen, plumps, und erst jetzt merke ich, wie angespannt ich bin Ich stelle den Herrn vom Staatsschutz vor, W. gibt ihm die Hand und sagt „Oberstaatsanwalt". Ich sage dann zum Herrn Burowski „Ich würde jetzt sagen, es ist genug " Frage ihn noch mal nach seiner Adresse, er gibt sie aber nicht Er „Wenn Sie mal in irgendeiner Kneipe sind, stehe ich dann neben Ihnen und wir können uns dann weiter unterhalten", er haut ab

Gedächtnisprotokoll W.:

„Ich klingele, C. kommt zur Tür, lacht und sagt irgendwas in der Art „Da ist jemand vom Staatsschutz,Abteilung T da " In der Zwischenzeit sind wir in der Küche In der Ecke sitzt ein Typ auf dem Stuhl, wie von C. beschrieben, locker, Beine übereinandergeschlagen, hellblauen Jeans-Anzug, leichte Schuhe. Ich, ganz auf der Scherz-Ebene, gehe auf ihn zu und sage „Oberstaatsanwalt". Er sagt irgendwas kollegiales, was ich nicht verstanden habe, weil es ja eh ein Scherz war Wir setzten uns und C und „T" unterhalten sich weiter auf dieser Ebene Nach ein paar Sätzen fällt mir auf, daß C's Mundwinkel zuckt und er angespannt ist Man kanns kaum fassen, der Typ ist ja echt Es fällt ein Satz wie „Wollen Sie also mit uns arbeiten, etwas tun? " Noch halb zweifelnd sage ich dazwischen „Dossiers? " er schielt etwas unfreundlich zu mir rüber, irgendwie störe ich die Situation C wendet sich ab, „T" fragt mich „Arbeiten Sie auch bei diesem ID mit? " Ich sage nichts und kuck in die Ecke, er sagt „Na ja" C sagt, dann es wäre jetzt genug, „T" solle gehen

„T" reagiert mit Athmosphäre-Produktion in Richtung auf mich derart „Ja, wir haben uns ja ganz angenehm unterhalten, und er will auch nochmal vorbeikommen, nochmal reden und die Verbindung aufrecht erhalten, ganz freundlich C sagt, beim nächsten Mal soll er sich anmelden, mit Karte und so „T" meint „Nein, nein " C sagt „Sie sind doch Junggeselle, haben bestimmt ne Hausbar, Fernseher, Badezimmer, beim nächsten Mal kommen wir bei Ihnen vorbei " „T" sagt „Nein", er versucht sich in Pose zu stellen und sagt „Wenn Sie irgendwann mal in der Kneipe stehen, stelle ich mich neben Sie, und dann unterhalten wir uns weiter " Abgang.

Im Zusammenhang mit diesem Besuch des Staatsschutzes, Abteilung T, ist zu erwähnen, daß der ID im Jahresbericht 1974 d Verfassungsschutzes (herausgegeben vom Innenministerium) innerhalb des Kapitels VII („Terror und Gewalt"), Abschnitt1 („Bekenntnisse und Aufforderungen zur Gewalt") unter Absatz 1 4 folgendermaßen charakterisiert wird „Informationen über terroristische Aktionen und Erklärungen terroristischer Gruppen veröffentlicht der wöchentlich in Frankfurt erscheinende „Informationsdienst zur Verbreitung unter d r ü c k t e r (!) Nachrichten (ID), solche Nachrichten und Diskussionen über die Guerillataktik bringen auch „spontaneistische" und anarchistische Blätter sowie Schriften autonomer etc etc ..."

(Es ist klar, daß diese Einschätzung der Arbeit des ID aus der Sicht der Ermittlungsbehörden erfolgt und mit der Arbeit, die wir tatsächlich machen, nicht das entfernteste zu tun hat)

Wir haben im ID 97 vom 18 Oktober über die „Maulkorbgesetze" (13 Strafrechtsänderungsgesetz / Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens) berichtet, die der ehemalige Stuttgarter Oberlandgerichtspräsident Richard Schmidt wie folgt chrakterisiert „Niemand anders als der Vorsitzende des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs, Richard Freisler, sei Schöpfer der im „Maulkorbgesetz" angelegten „Vorverlegung des Staatsschutzes" in den Raum der Meinungsäußerung Hier ist nicht mehr die Tat, sondern schon die Meinung Gegenstand der Verfolgung durch die Justiz Wenn man die Etikettierung des ID's im Jahresbericht des Verfassungsschutzes und die Tendenz des Gesinnungsstrafrechts zusammen betrachtet, wird deutlich, wie die Justiz durch die staatsschützenden Behörden im Vorgriff die opfer für das zu erwartende Gesetz fabriziert."

In letzter Zeit kommt es immer häufiger vor, daß ID's, die an Gefangene gehen, zur „Habe genommen" werden, was heißt sie erhalten ihn erst bei Entlassung, oder werden an uns zurückgeschickt Es gibt da zwei Varianten von „Begründungen". Einmal heißt es lapidar „Die Aushändigung von Exemplaren des ‚Informationsdienstes Frankfurt' wird auf dauernd ausgeschlossen, weil in diesen Druckschriften immer wieder Artikel mit strafbarem Inhalt zu finden sind" – in den ausführlicheren Beschlüssen wird als Hauptargument angeführt, daß die „Schrift geeignet ist, den Angeschuldigten zur Störung der Anstaltsordnung anzuhalten". Und das, weil „Die Schrift dient offensichtlich der Agitation". „In ihr (der Druckschrift) wird in einseitiger unsachlicher polemischer und beleidigender Weise (...) dem Leser der Eindruck von angeblichen (!) rechtswidrigen Übergriffen staatlicher Ordnungsorgane vermittelt " „Ferner besteht die Gefahr, daß die Schrift auch in die Hände anderer Gefängnisinsassen gelangen könnte".

Ab dieser Nummer wird der ID als Streifbandzeitung ausgeliefert. Das hat den Vorteil, daß er weniger Porto kostet, (hoffentlich) schneller verschickt (gegenüber Drucksachen bevorzugt behandelt) wird und für uns der Versand weniger Arbeit macht. Die postalischen Bedingungen für den Zeitungsversand zwingen uns auf der anderen Seite zu einem teuren Herstellungsverfahren (Composer-Satz, größeres – A 3 – Format, für dessen Falten und Zusammenlegen wir keine Maschine haben). Die Umstellung von Produk

tion und Versand kann in den nächsten Wochen wieder mal zu sogenannten Unregelmäßigkeiten führen.

Auf unserer „Tour de Typographie" haben wir die Normalschreibung erreicht. Nach langer Diskussion war das Argument der leichteren, weil gewohnteren, Lesbarkeit ausschlaggebend. Darin eingeschlossen ist auch das größere Schriftbild.

Sowohl das neue Herstellungsverfahren als auch durch stetig steigende Auflage sind wir auf mehr und bessere Maschinen angewiesen. Wir brauchen dringend eine elektrische Frankiermaschine, eine elektrische Adressiermaschine (Adrema), ein Sammelhefter mit mindestens fünf Stationen, mehrere Büroschreibmaschinen. Zu unserer finanziellen Situation ist zu sagen, daß die Außenstände schon wieder so hoch sind, daß wir eine Mahnaktion durchführen müssen. Das Mahnen erfordert einen unverhältnismäßig hohen Zeitaufwand und kostet auch Geld. Das wir nicht berechnen. Darum bezahlt bitte in dieser Woche eure ausstehenden Abo-Beträge!

INLAND

SA zensiert und beruft sich auf das normale Durchschnittsempfinden

MÜNCHEN (ID) 30. Oktober

„blatt", die Stadtzeitung von München, hat demnächst wieder einen dickeren Prozeß in Sachen Grundgesetz ins Haus stehen, (Grundgesetz: ... „eine Zensur findet nicht statt"). Auf den lapidaren Satz hin: „Beiseite vom Riesenrummel um die bisher glänzend gelungene Befreiung der politischen Gefangenen Ina Siepmann, Verena Becker, Gaby Kröcher-Tiedemann, Rolf Pohle und Rolf Heißler haben wir hier einige Hintergrundinformationen, über die bisher reichlich bedrohliche Informationstaktik der bayrischen Staatsbehörden erhalten." Im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung der „Bewegung 2. Juni" fordert die SA (Staatsanwaltschaft) vom verantwortlichen Redakteur in Form eines Strafbefehls 1.200 Mark, oder er geht für 60 Tage in Haft. Begründung: „Für das normale Durchschnittsempfinden ist das eine Verherrlichung vergangener Straftaten." Nun, für das normale Durchschnittsempfinden ist eine derartige staatliche Maßnahme krasseste Zensur, die in Staats- und Polizeidiktaturen üblich ist. (siehe Maulkorbgesetze, ID 97)

Aktionswoche des Frankfurter Frauenzentrums gegen § 218

FRANKFURT (ID) 25. Oktober

Gegen 15 Frauen des Frankfurter Frauenzentrums ermittelt zur Zeit die Staatsanwaltschaft Frankfurt wegen § 218, also Beihilfe zu Abtreibung und § 129, Verdacht auf Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung (s. ID 89). Um auf diese Vorgänge aufmerksam zu machen, veranstaltete das Frankfurter Frauenzentrum und mit ihm zahlreiche Frauengruppen in der BRD eine Aktionswoche vom 20. bis 25. Oktober. Sie wurde mit regionalen Demonstrationen in verschiedenen Städten sowie einer nationalen Demonstration am 25.10. in Frankfurt beendet. In Frankfurt wurde die Aktionswoche mit einem go in beim Gericht eröffnet. Etwa 70 Frauen begleiteten eine Frau, die zu einer Anhörung geladen war. Sie trugen sandwiches mit der Aufschrift: „Ich vermittle Abtreibungsadressen." In der Halle des Gerichtsgebäudes machten sie mit Parolen wie „Wir sind alle vorgeladen" auf sich aufmerksam. Mittlerweile war die Polizei gerufen worden. Sie griff jedoch nicht ein und ließ die Frauen, nachdem die vorgeladene Frau von ihrem Termin zurückgekommen war, gehen. Am Dienstag ging es weiter mit einem Autokorso. Zahlreiche Stände in der Innenstadt wiesen auf die Arbeit des Frauenzentrums hin. Die Frauen verteilten Flugblätter und sammelten Unterschriften auf einer Solidaritätserklärung, mit der sich die Unterschreiben den selbst bezichtigen, Abtreibungsadressen vermittelt zu haben und auch weiter vermitteln zu wollen. Nach letzter Zählung solidarisierten sich etwa 1000 Personen. Ihre Unterschriften werden beim Notar hinterlegt.

Etwa 5ooo kamen zur Demonstration am Samstagvormittag. Mit der Demonstration wurde gleichzeitig eine Straßenumbenennungsaktion gestartet. Mit gezeichneten Banderolen überklebten Frauen Straßenschilder entlang der Route und gaben Erläuterungen. So wurden verschiedene Straßen umbenannt in z.B. Frauenzentrumsstraße, Amazonenpfad, Straße des kleinen Unterschieds, Sackgasse des Patriarchats etc.

Auf der Abschlußkundgebung gab's ein Spiel der Theatergruppe, eine Art Werkstattbericht, in dem gegen die Heuchelei bei der § 218-Problematik vorgegangen wird. Mit Kundgebungsbeiträgen des Frauenzentrums und der Aktion gegen den § 218 wurde die Aktionswoche beendigt.

Selbstbestimmung der Frau — eine Gefahr für den Staat?

Frankfurt (ID) 25. Oktober

Seit der Razzia der Kriminalpolizei und der politischen Polizei im Frankfurter Frauenzentrum und den anschließenden Protestaktionen im Juli dieses „Jahres der Frau" ist es in der Öffentlichkeit wieder still geworden um die Not derer, die jetzt und hier eine ungewollte Schwangerschaft nicht austragen können — wie auch um die Perspektive aller Frauen zum Problem der Abtreibung.

Schweigen im bundesdeutschen Blätterwald — abgesehen von offiziösen Meldungen über den Fortgang jenes erneuten parlamentarischen Begräbnisses der Frauenwürde, das gemeinhin Reform des Paragraphen 218 genannt zu werden pflegt. Schweigen auch bei den Parteien, Verbänden und politischen Gruppen, in deren früheren Resolutionen zum § 218 ganz anderes gefordert wurde, als das, womit sie sich jetzt, im Sog des allgemeinen konservativen roll-back zufrieden geben werden. Resignation, Angst und Vereinzelung als Folge der politischen Repression und Existenzsicherung in der Krise der kapitalistischen Wirtschaft, als Folge von Berufsverboten, Säuberungen in Betrieben, Institutionen und Parteien, als Folge der Bespitzelung, der Unterdrückung und der Diskriminierung von Widerstand als kriminell.

Im Schutze solcher politischen Grabesruhe hat die Staatsanwaltschaft inzwischen in Frankfurt 15 Verfahren gegen Frauen aus dem Frauenzentrum eingeleitet. Die Ermittlungen betreffen laut Vorladung den § 218, also Beihilfe zur Abtreibung — und den § 129, das bedeutet Verdacht auf Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung. Mit diesem unerhörten und unhaltbaren Vorgehen der Staatsanwaltschaft hat die Repression gegen das Frauenzentrum ein neues Stadium erreicht. Kriminalisierung als ein großangelegtes Manöver der Spaltung und Einschüchterung aller Frauen, die nicht weiter gewillt sind, untätig und untertänig zuzusehen, wenn im kapitalistischen Staat, in der patriarchalischen Gesellschaft ihre Rechte zertreten, ihre Bedürfnisse und ihre Interessen beiseitegeschoben und unterdrückt werden. Die Eröffnung der Verfahren in Frankfurt — sowie von Verfahren in ähnlich gelagerten Fällen in Stuttgart, Nürnberg und Augsburg — begreifen wir als eine Offensive gegen die überall entstehenden Initiativen und Organisationen von Frauen, die ihre Probleme autonom angehen, die sich zu wehren beginnen — und zwar nicht nur gegen den § 218!

Wie sieht unser angebliches „Delikt" aus, welche Interessen stehen hinter dem Versuch, uns zur kriminellen Vereinigung zu stempeln? Das Frauenzentrum hat anläßlich der Blockade der Fristenlösung und der Weichenstellung für die kommende Minimalreform des § 218 durch das Bundesverfassungsgericht im Februar 75 zur Strategie der Selbsthilfe als Praxis einer kollektiven und organi-

sierten politischen Gegenwehr aufgerufen. Diese Strategie bedeutet ein Abschiednehmen von „parlamentarischen Illusionen" und sie beinhaltet den Versuch, die von der breiten Frauenbewegung in der BRD geforderte ersatzlose Streichung des § 218 in der Praxis durchzusetzen. Das bedeutet z.B. den Kampf um Abtreibungskliniken, in denen allein die Frauen selbst, als die einzig Berechtigten, eine wie auch immer genannte Indikation für sich stellen und feststellen – das bedeutet als unmittelbares Vorgehen, als von der gegenwärtigen Situation diktierte Zwischenlösung eine Vermittlung ins liberalere Ausland. Also eben jene Organisierung von Busfahrten nach Holland, die nun zum Anlaß und zum Vorwand für die juristische und politische Verfolgung des Frauenzentrums genommen wurde.

Die Anklageerhebung gegen das Frauenzentrum wegen Beihilfe zur Abtreibung ist Produkt der Politik der Heuchelei: seit Jahren ist der Staatsanwaltschaft bekannt, daß wir abtreibungswilligen Frauen Adressen im Ausland vermitteln – und nicht nur wir tun das. In nahezu jeder Zeitschrift wurden in den letzten Jahren Abtreibungsadressen veröffentlicht – man befrage die Leserbrieferedaktionen, wieviel sie noch heute mit Anfragen zu diesem Problem zu tun haben. Hochangesehene Institutionen wie Caritas, Sozialstationen, pro Familia, Frauenorganisationen der Parteien und honorige Ärzte vermitteln ins Ausland. Wo bleibt die Anklage gegen sie – sind SPD-Unterausschüsse etwa kriminelle Vereinigungen?

Das „Delikt" also kann nicht die Beihilfe zur Abtreibung sein, denn die wird überall geleistet und toleriert – und schließlich geht es den Verfechtern des § 218 ja auch weniger um die Verhinderung von Abtreibungen, als umso mehr um die Aufrechterhaltung von Gebärzwang, Familienghetto, Unmündigkeit und allen damit verbundenen reaktionären patriarchalischen Ideologien. Unser „Delikt" kann also nur eines sein: Wir verletzen die Spielregeln, wir geben nicht hinter vorgehaltener Hand dunkle heimliche Hinweise – wir unterminieren das Abtreibungsverbot offen, öffentlich und kollektiv. Das aber ist gefährlich für den Staatsapparat, denn solcher Widerstand könnte Schule machen. Toleriert werden kann nur die Frau, die demütig und angstvoll in die Illegalität geht, wenn sie eine Abtreibung braucht. Nicht toleriert werden können dagegen die Frauen, die sich offen widersetzen, die sich gegen diesen „Rechtsstaat" ihr Recht nehmen. Und das sind in unserem Fall nicht nur die Mitglieder des Frauenzentrums, das sind und werden zunehmend eben auch die Frauen, die in unsere Sprechstunden kommen – die Frauen, die in Bussen nach Holland fahren.

Die Zahl der Frauen, welche die Vermittlung des Frauenzentrums nach Holland in Anspruch nehmen, ist seit der Razzia im Juli so beständig gewachsen, daß sie den Rahmen unserer Möglichkeiten zu sprengen droht. Die Zahl wächst, weil die § 218-Misere unverändert weiter besteht, weil wir bekannter geworden sind – und weil bisher leidlich liberale Institutionen die Frauen jetzt im Stich lassen. Das ist eine erste Auswirkung der Kriminalisierungskampagne: plötzlich bekommen hilfesuchende Frauen z.B. bei pro familia keine Auslandsadressen mehr, sondern Ermahnungen zur Demut und Warnungen vor dem Gang ins Frauenzentrum. Dennoch kommen diese Frauen zu uns, denn sie haben selten eine andere Wahl.

Es wächst aber auch die Zahl der Frauen, die nach einem ersten Gang in die Sprechstunde oder im Anschluß an eine Abtreibungsfahrt nach Holland wieder ins Frauenzentrum zurück kommen – die mitarbeiten wollen, die sich einer Gruppe anschließen. Das Frauenzentrum umfaßt inzwischen ca. 250 - 300 Frauen in etwa 30 Gruppen – und viele Sympathisantinnen – die sich mit allen Gesichtspunkten und Problemen der Unterdrückung der Frau befassen und Gegenstrategien zu entwickeln suchen.

Und das ist es, was den Staatsanwalt / den Staatsapparat so beunruhigt! Es ist das Echo, das unsere Aktionen finden, die Solidarität und Gegenöffentlichkeit unter den Frauen, die so entstehen können!

Eigentor der Firma Beiersdorf

Hamburg (ID) 27. Oktober

Die Hamburger Betriebszeitung „Alternative" veröffentlichte in ihrer September-Ausgabe folgenden Vorfall:

„Wir möchten von einem Husarenstückchen berichten, das uns gegenüber der Beiersdorf AG (Chemiekonzern in Hamburg) geglückt ist. Es fiel uns sozusagen in den Schoß, und wir haben es nur dem Umstand zu verdanken, daß nicht alle Menschen, deren Bestechlichkeit von „unserer" Geschäftsleitung wie selbstverständlich vorausgesetzt wird, auch tatsächlich käuflich sind.

Nun: Wir haben in unserer „Alternative" Nr. 11 („Was ist los in Hausbruch?") auf der ersten Seite eine Zeichnung veröffentlicht, wo ein naiv-trotteliges Männchen sich gerade wegen der Produktionsverlagerung herausredet. Diese Karikatur übernahmen wir in „schöpferischer Weiterentwicklung" (indem wir ihr einen anderen Text unterlegten) von einem bekannten Cartoonisten. Dieser Cartoonist (Künstlername Papan) bringt regelmäßig seine Zeichnungen im Magazin „Der Stern" auf der sogenannten „Dings-bums-Seite". Das Männchen selber läuft unter der Bezeichnung „Der undressierte Mann"!

Als wir den „Undressierten" übernahmen, haben wir uns den Kopf nicht zergrübelt, ob der nun irgendjemand „gehört", d.h. ob man den Nachdruck irgendwo beantragen, bezahlen usw. muß. Der Beiersdorf AG ist der Gedankengang „Das gehört mir, und wenn du's haben willst, dann bezahl gefälligst dafür" viel vertrauter als uns. Sie glaubten, uns auf frischer Tat beim „Klauen" von künstlerischem Eigentum erwischt zu haben. Der ungeliebten „Alternative", die gerade so ein unangenehmes Thema wie das der geplanten Produktionsverlagerung nach Hausbruch gebracht hatte, mußte eins ausgewischt werden. Noch am selben Tag wurde der Redaktionschef des „Hauskurier" beauftragt, sozusagen von Kollege Redakteur zu Kollege Künstler ein denunzierendes Wort einzulegen.

Beiersdorf AG
Hamburg

Herrn
Manfred von Papen
8 München 80
Trogerstr. 20 (Laden)

Hamburg, 16. Juni 1975

Sehr geehrter Herr Von Papen!

Vor unserem Hause werden – wie auch bei anderen Firmen – morgens oft Flugblätter vor dem Tor verteilt.

Diese zeichnen sich nicht nur durch ihren typischen Inhalt aus, sondern auch dadurch, daß darin die Arbeiten prominenter Cartoonisten abgedruckt sind – allerdings in einem völlig anderen Zusammenhang als von den Urhebern beabsichtigt.

Wir senden Ihnen heute einmal so ein „Belegexemplar", vielleicht senden Sie dem Herausgeber ja mal eine Honorarrechnung? !

Mit freundlichen Grüßen

Beiersdrof AG

Abteilung Information

Lüdtke

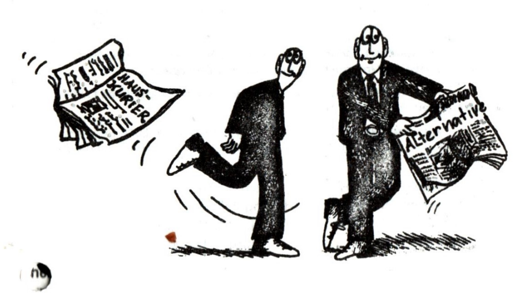
Der „undressierte" Papan hat das Spielchen nicht mitgespielt und stattdessen der „Alternative" den Beiersdorf-Denunzianten-Brief zugeschickt. In einem freundlichen Begleitschreiben sagt „Papan", daß der Brief ihn „einerseits belustigt hat", ihn andererseits „stocksauer" gemacht hat. „Ich wollte ihn (den Brief) Ihnen nicht vorenthalten. Wenn die Typen von Beiersdorf schon keine Argumente gegen Euch haben, versuchen sie es mit solchen Methoden". „Natürlich schicke ich Euch keine Rechnung ... Ihr könnt auch in Zukunft weiter das Stern-Männchen benutzen !!!"

Und das werden wir auch gern tun!

Wir ziehen aus diesem Vorfall den Schluß, daß der Beiersdorf-Geschäftsleitung kein, aber auch gar kein Mittel zu schmutzig ist, um gegen uns vorzugehen. Da haben wir in Zukunft wohl noch einiges zu erwarten. Im übrigen sind wir der Meinung, daß leitende Angestellte von Beiersdorf, die Zeit für solchen „sachfremden" Schriftwechsel haben, offenbar mit Arbeit nicht genügend ausgelastet sind – was man z.B. von den produktiv Tätigen Beiersdorfern nicht behaupten kann!

PS Auch der „große Künstler" Loriot erhielt von Beiersdorf die Aufforderung, uns für den Abdruck einer seiner Karikaturen eine Rechnung zu schicken. Und der „große Künstler" folgte bei Fuß: Wir erhielten einen miesepetrigen Brief, in dem Loriot von uns 50,- DM verlangte („HONORAR" nennt sich sowas!). Bei den Honoraren, die er von Zeitungen und Fernsehen bezieht, eine wahrhaft großmütige Geste, von uns „nur" 50,- DM zu verlangen – wenn die Sache nicht insgesamt so kleinkariert wäre, sich von einem Riesenkonzern anstellen zu lassen, um uns – unbequeme Kollegen – eins auszuwischen!

Nun ja – jedem das Seine ..."



(ID)

Die Automaten spucken – den Automaten geht's schlecht

München (ID) 27. Oktober

Am Montag, den 20. Oktober wurde in München und Region auf ca. 160 S-Bahn-Fahrkartenautomaten der Firma Markomat ein Anschlag verübt. Gleichzeitig tauchte ein Flugblatt „Die Automaten spucken – Fahrt für Fahrt viel Geld gespart" auf.

Darin wurde berichtet, "daß es möglich ist, durch einen gewaltigen Spritzer „Kalkfrei" in den geöffneten Geldschlitz Fahrkarten zum Nulltarif zu bekommen. Nach ca. einer Stunde fällt zwar das eingeworfene Geld sofort wieder durch, der Automat registriert aber den Betrag, so daß man nach der entsprechenden Geldmenge eine kostenlose Fahrkarte erhält. Diese Wirkung hält bis zu acht Stunden an, wenn man eventuellen Putzkommandos vorbeugt und die Schlüssellöcher der Automaten ebenfalls blockiert. Weil die Automaten verschieden reagieren, ist es ratsam, sie zuerst mit Zehnerl zu testen.

Tests in Frankfurt haben gezeigt, daß dort sogar das Wechselgeld wieder rauskommt."

In Frankfurt hat die Initiative „Frei-Fahrer-Verbund" FFV acht Automaten abgebrannt bzw. ausgeschäumt. Dazu wurde ein Flugblatt mit Vorschlägen zur Automatensabotage verteilt.

AKTIVER STREIK AN ABENDGYMNASIEN BESCHLOSSEN

Frankfurt (ID) 30. Oktober

Die Vollversammlung der Schüler des Frankfurter Abendgymnasiums hat am Donnerstag den 30. Oktober, den einstimmigen Beschluß gefaßt, am 11. und 12. November in aktiven Streik zu treten. Unter den etwa 250 Teilnehmern der Vollversammlung waren auch Delegierte der Abendgymnasien Neu-Isenburg, Wiesbaden und der Hessenkollegs Frankfurt, die ebenfalls einen aktiven Streik durchführen werden. Weitere Beschlüsse hessischer Abendgymnasien sind zu erwarten. Bereits früher war für den 11./12. November der Streik an Nordrhein-Westfälischen Abendgymnasien angekündigt worden. Streikbeschlüsse haben auch die Abendgymnasiasten in Berlin und Hannover verabschiedet, ähnliche Beschlüsse anderer Abendgymnasien sind zu erwarten. Zu den Gründen der Streikbeschlüsse folgender Vorbericht:

ANGRIFF AUF DEN ZWEITEN BILDUNGSWEG

"Das Abendgymnasium Frankfurt (AG) ist eine Schule des 2. Bildungsweges, auf der in dreijähriger Ausbildung bis jetzt auch noch Hauptschüler, die mindestens drei Jahre gearbeitet hatten, im Nachmittagsunterricht Abitur nachholen können.

Im Zuge der „Krise und der damit verbundenen Einsparungen auf dem Bildungssektor" soll auch die letzte Legitimation der Chancengleichheit stark eingeschränkt, wenn nicht beseitigt werden.

Für die Abendgymnasiasten bedeutet das:

1.
Der Bonus von 0,5, den wir bislang bei der Studienzulassung erhielten, soll uns gestrichen werden, bzw. die Staatsverträge, die darüber mit dem Kultusministerium bestanden, werden dieses Jahr nicht verlängert werden.

2.
Die Bafög-Zahlungen, die wir bislang in den letzten drei Semestern erhielten, sollen genau wie für die Studenten jetzt als Darlehen gezahlt werden.

Da haben wir also schon drei Jahre gearbeitet, dem Staat Steuern eingebracht, außerdem müssen wir die ersten eineinhalb Jahre unserer Schulzeit halbtags berufstätig sein, und als 100 von uns arbeitslos wurden, verweigerte das Arbeitsamt die Zahlungen. Jetzt hat das Sozialamt, das für uns längst einspringen müßte, einen Prozeß mit Schülern unserer Schule gegen das Arbeitsamt angestrengt. Der Richter hat darauf verwiesen, daß wir ganztags nicht einsetzbar sind und man überprüfen müsse, ob unsere Klage nicht an den Landtag zu gehen habe, da dieser für unserern Nachmittagsunterricht zuständig ist. Über diese Hintertür soll also dem Land Hessen es erleichtert werden, unseren Unterricht auf abends zu verlegen. Das heißt für uns: weniger Schüler am AG.

Den letzten Schlag wollen uns die Kultusbürokraten jetzt durch die Einfürhung des KMK-Modells verpassen. Das KMK-Modell sieht vor:

– gezieltes Fächerlernen durch Fächerreduktion, was angeblich im Interesse der Studierenden sein soll. Für uns bedeutet das aber vor allem die Auflösung der bisherigen Klassenverbände, und damit entfällt die Basis für solidarisches Verhalten – um im Interesse des Systems Elite-Abiturienten zu werden.

● leistungsmäßige Einordnung in die einzelnen Kursstufen. Das heißt für uns Konkurrenz, also nicht mehr solidarisch miteinander

● leistungsmäßige Einordnung in die einzelnen Kursstufen. Das heißt für uns Konkurrenz, also nicht mehr solidarisch miteinander lernen, sondern gegeneinander lernen!

● die Bedeutung der Abiturprüfung soll durch langfristige Punktbewertung reduziert werden. Was hier zunächst wie ein Vorteil aussieht, heißt doch in Wirklichkeit, daß hier ein mehrjähriges Dauerabitur auf uns zukommt (!!!).

● das Lerntempo soll individuell bestimmt werden können. Das heißt für uns, daß hier genau die unsolidarischen Einzelkämpfer bevorzugt werden, die möglichst schnell in ihre industriellen und akademischen Spitzenpositionen kommen wollen.

● die Sekundarstufe II soll auf die Lernbedingungen der Hochschulen vorbereiten. Das heißt, wir sollen verstärkt auf die immer unmenschlicheren Leistungs- und Konkurrenzmechanismen an der Hochschule eingestimmt und konditioniert werden!

Der Bonus, der wegfallen soll, das Bafög, das wir zurückzahlen sollen und das KMK-Modell zusammengenommen, sind also Angriffe die auf alle AG's und Kollegs zutreffen.

Vertreter der hessischen Abendschulen haben sich am Wochenende getroffen und ihrer Empörung Ausdruck verliehen, indem sie beschlossen, in ihren Schulen für den Anschluß an den in Nordrhein-Westfalen bereits angesagten Streik für 11. und 12. November zu agitieren.

Bei uns am AG hat ein 100-Personen-Plenum die Herbeiführung eines Streikbeschlusses auf der Vollversammlung am Donners-

tag plädiert (Gruppenbildung). Unsere Proteste werden sich allerdings auf den Streik nicht beschränken dürfen, wenn wir bedenken daß Lehrerkollegien bereits auf Fachtagungen die Einführung des KMK-Modells vorbereiten, obwohl ein offizieller Kultusministerbeschluß noch nicht vorliegt! Die Lehrer des AG Frankfurt und Neu-Isenburg haben sich als Kollegium geschlossen dagegen ausgesprochen. Die Direktoren der anderen Schulen mauscheln inzwischen mit dem Kultusministerium über Einführungsentwürfe.

Die Kontakte zwischen den Abendgymnasien in Hessen laufen auf Hochtouren und bereiten weitere Aktionen vor."

Medienarbeit für autonome Gruppen

MÜNCHEN (ID) 29. Oktober Zwei Tonbildschauen, die von der Projektgruppe „Portugal" des Münchener Zentrums für Audiovisuelle Öffentlichkeitsarbeit (AVZ) auf mehreren Reisen in Portugal und portugiesischen Kolonien erarbeitet worden sind, liegen jetzt vor. Ziel des unabhängigen AVZ ist es, „über Audiovision im engeren Sinne – Tonbildserien und Multivision" die Medienarbeit autonomer Gruppen medienstrategisch zu organisieren. Das AVZ ist aus der A.E.L.A.-Gruppe entstanden, die über Imperialismus (Afrika, Chile, u.a.) gearbeitet hat und jetzt Tonbildprojekte über Städtebau („Wohnfront"), Freizeitheime, Multis (Konzerne), Militär/Kriegsdienstverweigerer sowie die Maulkorbgesetze (§ 130 A) in Vorbereitung ha.

Das AVZ ruft alle autonomen Gruppen auf, die Perspektiven einer Zusammenarbeit zu überprüfen und Kontakt mit dem AVZ aufzunehmen. Als kurzfristiges Ziel sieht das AVZ die Sammlung und Koordinierung der bereits vorhandenen, jedoch regional und sektoral verstreuten Einzelproduktionen von Diareihen bzw. Tonbildserien. Jede Gruppe, die eine Kopie ihrer selbstproduzierten Diareihe über den Vertrieb des AVZ einsetzt, erhält folgende Potenzierung der eigenen Anstrengungen: Technische und didaktische Aufbereitung, Vertonung und Synchronisierung, überregionaler Vertrieb, „über-parteiliche" Breitenwirkung, Einsatzberichte als feedback und Korrektiv für Produzenten-Gruppen, ggf. Übersetzung und Vertonung in Fremdsprachen, internationaler Vertrieb an fortschrittliche ausländische Organisationen.

Regional hilft das AVZ bei Vorträgen und Veranstaltungen mit Dia-Projektoren, Tonbandgeräten, Dia-Pilot etc. Für Großveranstaltungen, Aktionen im Freien und für Ausstellungen verleiht das AVZ Tageslicht-Rückprojektionsboxen.

Die beiden jetzt vorliegenden Dia-Reihen „Die Bewegung der Streitkräfte und der 25. April" sowie „Portugal 1974/75 – ein Kurztonbild" sind zu bestellen unter der Adresse:

Zentrum für Audiovisuelle Öffentlichkeitsarbeit e.V.
8 München 40,
Clemensstr. 120
Tel. 089/3 00 30 58

Über diese Adresse kann man auch das Informationsmaterial der AVZ bestellen (Bestellschein, Verleihbedingungen – eine Serie wird ca. 50 Mark kosten, für selbstfinanzierte Vorführungen kleiner autonomer Gruppen sowie für mehrtägige Einsätze können besondere Vereinbarungen getroffen werden). Eine Broschüre über das Selbstverständnis das AVZ kommt in Kürze heraus.

C.A.R.P. – Mit Gott und CIA gegen den Kommunismus

Frankfurt (ID) 21. Oktober Zu Beginn des Wintersemesters ist in Frankfurt eine „neue" rechtsextreme Gruppe aufgetreten: C.A.R.P. – F.W.V.. Sie ist Teil einer weltweiten rechtsradikalen Organisation, die für ihre Anschauungen und Aktionen in Asien, den USA und Westeuropa schon hinlanglich bekannt ist.

C.A.R.P. – F.W.V. bedeutet „collegiate association for research an principles – Föderation für Weltfrieden und Vereinigung". Mitglieder dieser Organisation verteilten in einer Gruppe von zehn bis zwölf Mann auf dem Campus der Frankfurter Universität Flugblätter mit der Überschrift „NIEMALS KOMMUNISMUS". Darin heißt es unter anderem:

„Die kommunistischen Kräfte sammeln sich heute mit ungeheurem Haß und breiten sich über der ganzen Erde aus. ...

Als Chrustschow den Westen besuchte, sagte er: „Wir werden euch ins Grab bringen!" Jetzt sagt man „Detente" – „Entspannung"! Unter dem Schlagwort der Entspannung wurde fast ganz Asien erobert und Millionen Menschen liquidiert. Unter demselben Schlagwort wird auch weiterhin die kommunistische Unterjochung Europas vorangetrieben!

Auch in der Bundesrepublik ist die „Zersetzung der alten Ordnung" bereits weit vorangeschritten. ...

All diese Fakten (Unterwanderung, Terrorismus, DKP usw. Anm.) sind nur Teil der kommunistischen Strategie in ihrem Kampf um die totale Macht."

Wegen dieser Hetzschrift kam es auf dem Unigelände zu Rangeleien. Bei einer Saalveranstaltung ließ sich die C.A.R.P. von einem massiven Polizeiaufgebot schützen. Vier Studenten, die gegen die Veranstaltung protestierten, wurden festgenommen, zwei verletzt.

C.A.R.P. – F.W.F. ist Teil der weltweiten sogenannten „unification church". Ein Sprecher für C.A.R.P. – F.W.V. bestätigte letzte woche diese Verbindung – eine englische Untergruppe dieser „Kirche" nennt sich ebenfalls „federation for worldpeace and unification".

Die „unification church" wurde nach dem zweiten Weltkrieg von dem Südkoreaner Sun Myung Moon gegründet. Moon nimmt für sich in Anspruch, die letztendliche Verkörperung des Messias auf Erden zu sein. Nach seiner „Lehre" findet der Kampf zwischen Gott und dem Teufel heute auf der Erde statt: die teuflischen Kräfte sind alle Kommunisten und die kommunistischen Länder, die Vertreter Gottes hingegen sind Moon persönlich, der freie Westen im allgemeinen und die antikommunistischen Kräfte im besonderen.

Der Kult verbreitete sich von Korea nach Japan und von da über die USA nach Europa. Moon gewann eine beachtliche Publizität durch eine Reihe bizzarer kirchlicher Veranstaltungen: so verheiratete er vor zwei Jahren in Japan bei einer Massenhochzeit 791 Paare.

Aber die „unification church" ist mehr als eine Gruppe religiöser Spinner. Bo Hi Pak, der zweite Mann in der Kirchenhierarchie, war von 1961 bis 1964 südkoreanischer Militärattaché in Washington und wesentlich am Aufbau des südkoreanischen Geheimdienstes beteiligt. Der Anwalt der Kirche in den USA ist Robert Amory, ehemaliger stellvertretender Direktor für Nachrichtenbeschaffung des US-Gheimdienstes CIA.

Vor zwei Jahren übernahm die „unification church" die Führung der „Liga gegen den Kommunismus" („world anticommunist ligue" WACL), einer Gruppe rechtsgerichteter Politiker. Auf einer Konferenz der WACL in London waren als Beobachter auch Vertreter der CDU anwesend. Nach der Konferenz verließ die CDU zusammen mit Mitgliedern der britischen konservativen Partei die Liga. Der ehemalige konservative britische Unterhausabgeordnete Geoffry Stewart Smith sagte, sie hätten die WACL verlassen, weil die WACL durch den Einfluß der „unification church" nicht nur eine antikommunistische, sondern speziell auch eine antisemitische Organisation geworden sei.

Die „unification church" war in Großbritannien auch schon gegenstand von Anfragen und Debatten im Parlament, initiiert vom Labour-Abgeordneten Paul Rose. Rose warf der „Kirche" vor, ihren Status als karitative Vereinigung verletzt zu haben, indem sie mit der südkoreanischen Wurzel Gin-Seng, der medizinische und sexuell stimulierende Wirkung zugesprochen werden, einen blühenden und profitablen Handel betreibe. Gegen die in einer Anzeige aufgestellte Behauptung, Gin-Seng heile sogar Krebs, will Rose mit dem Verbraucherschutzgesetz vorgehen. Schließlich fordert Rose die Regierung auf, zu überprüfen, ob einigen sehr dubiosen Eigentumsübertragungen (Autos, Grundstücken, Häuser) von neugewon

nenen Anhängern an die „Kirche" möglicherweise eine „Gehirnwäsche" vorausgegangen sei. In einem Fall versuchten Mitglieder der „Kirche", Frau und Kinder eines neugewonnenen Mitglieds aus ihrem Haus zu vertreiben, nachdem ihnen das Haus überschrieben worden war. Eine offizielle Antwort auf diese Anfrage steht im Moment noch aus.

Typisch scheint zu sein, daß unter den Organisatoren der neuen Frankfurter Gruppe viele Ausländer sind. Einer ihrer Sprecher ist Norweger, ein anderer, der sich mit William Chasseaud vorstellte, ist Engländer. Auch in England kommen viele Aktivisten der „Kirche" aus Skandinavien, Deutschland oder Frankreich.

Nach Aussage eines C.A.R.P. – F.W.V.–Mitglieds beginnt die Gruppe ihren Kampf gegen den Kommunismus in Frankfurt, „weil er dort am stärksten ist". Er gibt an, daß der Organisation bisher zehn bis 15 Mitglieder angehören, die in Frankfurt auch ein Büro in der Innenstadt betreiben.

Aber auch unter ihnen scheint es Widersprüche zu geben. Während der eine Sprecher verlauten ließ, sie seien auch in anderen Städten aktiv, sagte Chasseaud, sie seien auf Frankfurt beschränkt.

Die „unification Church" ist sicher finanzkräftig genug, weiterhin einige Funkitonäre für ihre politischen Ziele arbeiten zu lassen, wenn ihren Aktivitäten nicht auf anderem Wege ein Ende gesetzt wird.



Anwaltsgehilfinnen sollten gekauft werden

Hamburg (ID)
27. Oktober

„,Wir möchten mit Ihnen ins Geschäft kommen ...', mit diesen Worten sollten zwei unserer Anwaltsgehilfinnen als Spitzel eingekauft werden. Am Abend des 21. Oktober 1975 suchte sie ein Mann in ihren Wohnungen auf, der sich als Beamter der Innenbehörde auswies. Er bot Geld, sie sollten Informationen über unsere Büros liefern.

Wir durch diesen Bestechungsversuch betroffenen Anwälte sind Verteidiger politischer Mandanten. In dieser Tätigkeit werden wir und andere Kollegen durch die Staatsschutzorgane seit langem und zum Teil gesetzwidrig behindert. Büros wurden durchsucht, Rechtsanwälte werden beschattet, in den Zellen von Untersuchungsgefangenen werden Verteidigungsunterlagen durchsucht, unsere Telefone werden abgehört ... jetzt sollen unsere Mitarbeiter als Spitzel eingekauft werden.

Diese besonders schmutzige Methode stellt eine weitere eklatante Verletzung des Anwaltsgeheimnisses dar. Wir lassen uns durch diese Maßnahme nicht davon abhalten, konsequent für die Rechte unserer Mandanten einzutreten. Wir haben den Hamburger Senat zur Stellungnahme aufgefordert. Wir werden weiter berichten."

Die eine Anwaltsgehilfin arbeitet beim Rechtsanwaltskollektiv Schween, Plähn, Lummert, Benolt, die andere bei Ewe, Maeffert. Letztere war zuvor bei den Anwälten Günnemann, Jacobi und Reinhard beschäftigt. Die Erklärung stammt von den drei Anwaltskollektiven.

Französische, amerikanische und deutsche Soldaten organisieren ein Freundschaftstreffen

Frankfurt (ID)
29. Oktober

Im Laufe der vergangenen Woche trafen sich auf Einladung eines Soldatenkomitees einer amerikanischen Militäreinheit in der BRD amerikanische, französische und deutsche Soldaten in einer amerikanischen Garnison.

In der Veranstaltung wurde der Film VIVA PORTUGAL gezeigt, der insbesondere die Ereignisse des 11. März zeigt, also die Verbrüderung von Soldaten, die zum Einsatz befohlen wurden, mit denjenigen, gegen die sie eingesetzt waren. (Zum 11. März siehe ID 96) (Wichtig war auch die Szene, in der Fallschirmspringer im Interesse der Konterrevolution einen Angriff durchführen sollten, ohne zu wissen, warum, gegen wen und wo. Auf Aufruf eines Obergefreiten der portugiesischen Armee sandten die Soldaten einen Delegierten zu den befohlenen „Feinden" und stellten fest, daß die „Feinde" in Wahrheit ihre Freunde sind.)

Trotz erheblicher sprachlicher Schwierigkeiten war eine solche Szene für jeden Soldaten, der die strikte Hierarchie der militärischen Ordnung aus einer eigenen Erfahrung kennt, sofort klar. In der gemeinsamen Veranstaltung, deren Verlauf gefilmt wurde, stellten die Soldaten der drei beteiligten Nationen fest, daß sie vielmehr miteinander gemeinsam haben als mit den Generälen der eigenen Nation. Wichtig war auch, daß die Generäle sich bei allen unmöglichen und möglichen Anlässen die Hände schütteln und umarmen, während die Soldaten stillstehen müssen. Diese Isolierung gilt es zu durchbrechen.

Die Vertreter der drei Armeen stellten auch einander gegenüber, warum sie alle angeblich ihren Militärdienst tun müssen:

Die Deutschen, weil sie gegen den Kommunismus kämpfen sollen.

Die Franzosen, weil die Frankreich gegen Westdeutschland aber auch Frankreich und Westdeutschland gegen Rußland verteidigen sollen.

Die Amerikaner, weil sie den 'american way of life' verteidigen sollen (diese Begründung ist vollkommen offiziell: to defend the American way of life.)

In Wirklichkeit haben alle Mannschaften die gleichen Interessen, die Vereinigung mit dem Volk, die Verteidigung der Interessen der Arbeiter, nicht der Generäle.

Informationen über den Film Viva Portugal und den Film, der auf dieser Verantsaltung gedreht worden ist, bei: Max Watts, Journalist, Tel.: 06223/3316

Antimilitaristischer Arbeitskreis

Stuttgart (ID)
22. Oktober

Der Antimilitaristische Arbeitskreis Stuttgart (AMAK) ist zum zweiten Mal in seinem dreijährigen Bestehen mit einer Veranstaltung am 25. September an die Öffentlichkeit getreten. Ehemalige Wehrpflichtige, Reservisten der Bundeswehr, spielten in mehreren Szenen ein Stück, wie sie die Bundeswehr erlebt hatten, und wie man den Widerstand gegen Schikanen und politische Entrechtung beim Bund organisieren kann.

Der AMAK besteht aus Soldaten und Reservisten, welche mit der bewußten Absicht zum Bund gegangen sind, dort politisch zu arbeiten. In seinen 14tägigen Treffs unterstützt und berät der AMAK Wehrpflichtige in der Kaserne mit Informationen und beim Aufbau von Soldatenzeitungen. Die dreijährigen Erfahrungen aus dieser Arbeit wurden inzwischen in einer vorläufigen Plattform verabschiedet.

Am 1. Mai dieses Jahres nahmen Soldaten des AMAK in Uniform unter Transparenten mit Forderungen zur politischen und sozialen Besserstellung der Wehrpflichtigen an der DGB-Demonstration in Stuttgart teil.

Im Rahmen der Antikriegswoche des Stadtjugendringes wird der AMAK am Freitag, den 7. November im Jugendhaus Ostend nochmals das Theaterstück vorführen. Die Veranstaltung beginnt um um 19.00 Uhr.

Kontaktadresse: AMAK Stuttgart, Hans Wolf, 7 Stuttgart 1, Neckarstraße 178, c/o Sozialistisches Zentrum

Herbstmanöver der NATO in der BRD

Frankfurt (ID)
29. Oktober

Im ID Nr 98 wurde das Manöver Rochade berichtet. Die Rochade ist aber nur eines der Manöver, die in diesem Herbst durchgeführt wurden und werden.

Jedes Jahr hält die Bundeswehr eine Reihe von Manövern ab. Dazu gehört ein Stabs-Manöver, in dem nicht gekämpft, sondern

gedacht wird. Diesen Herbst HILEX 75. Hilex ist die Übung, die sich an Drohungen Schlesingers und Lebers anschließt, die NATO Atomwaffen als erste einzusetzen. Sie vermischt den Einsatz nach außen, gegen die UdSSR, mit dem Einsatz nach innen, Hungerunruhen.

Zu den militärischen Manövern dieses Herbstes gehören die Rochade und als zweites wichtiges neben einer Reihe kleinerer anderer Reforger 75.

Die Rochade brachte Neues auf dem Gebiet der Größe (60.000 Soldaten) und des Einsatzes der Reservisten der Heimatschutztruppe. Die Heimatschutztruppen sind nicht der NATO unterstellte Verbände, die insbesondere zum Objektschutz und zum Einsatz im „Hinterland", also im Innern vorgesehen sind.

Reforger brachte Neues auf einer anderen Ebene: Zum ersten Mal wurden die amerikanischen Marines in der Bundesrepublik eingesetzt. Die Marines sind eine der fünf Teile der US-Armee neben Heer, Luftwaffe, Marine und der Coast Guard, die in Friedenszeiten dem Wirtschaftsminister unterstellt ist. Die Marines sind eine Einheit von ca. 200.000 Soldaten, die vorzugsweise Einsatztruppen für sehr schnelle aber sehr harte Kämpfe sind, also die Truppe für Blitzinterventionen. (Die Ausbildung der Marines besteht offiziell darin, erst die Person zu brechen, danach neu „aufzubauen".) Während des Reforger-Manövers mußten die Marines wegen Ausfall eines Hubschraubers ohne Lebensmittel und medizinische Versorgung einen Gewaltmarsch mit Gepäck mit einer Marschgeschwindigkeit von sieben Meilen pro Stunde, das sind etwa 11 km in der Stunde, durchführen.

Der Einsatz der Marines in der BRD ist kein Zufall. Die Bundeswehr soll von den Marines lernen. Und der Verdacht, daß eine gemeinsame Intervention geprobt werden sollte, drängt sich auf.

US-Gemeindienste schnüffeln in Körper-Höhlen

Frankfurt (ID) 29. Oktober

Die Haare der amerikanischen Armee rutschen vom Kopf zum Penis. Am 22. Oktober fand in Nellingen ein Prozeß gegen den Oberleutnant Jay Hatheway, Special Forces Airbaise Europe, Bad Tölz statt.

Hatheway ist wegen Verstoßes gegen Artikel 125 der amerikanischen Militärverfassung angeklagt. Dieser Artikel stellt unter Strafe, wenn Soldaten unabhängig von Alter und unabhängig vom Ort der Handlung, verheiratet, oder unverheiratet Cunnilingus, Fellatio, annalen Verkehr oder Sexualverkehr in irgendeiner Körperhöhle außer der Scheide betreiben.

Hatheway soll abartigen Geschlechtsverkehr mit einem anderen Mann betrieben haben.

Die mögliche Strafe aus obigem Artikel ist bis fünf Jahre Gefängnis und unehrenhafte Entlassung, was in der US-Armee die Zeichnung fürs Leben beinhaltet (die unehrenhafte Entlassung wird in den Paß eingetragen).

Während der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt:
– der Ankläger im Vorverfahren, Captain Ronald Smith, verheiratet, hat öfter gegen diesen Artikel verstoßen.
– der Richter, Oberst Harrell, verweigerte auf die Frage, ob er gegen diesen Artikel jemals verstoßen habe, die Antwort. Dies dürfte das erste Mal sein, daß ein Richter diese Antwort verweigert. Es ist, als ob ein Richter die Antwort auf die Frage verweigert, ob er selbst schon einmal das begangen hat, was dem Angeklagten zur Last gelegt wird, ob Mord, Wehrkraftzersetzung oder was auch immer.
– der Ankläger des Grichtsverfahrens, Captain Stethens, benötigte für seine Anklage ca. 100 Sekunden. Er erklärte, daß er Gesetze nicht ändern könne, die der Kongreß erlassen habe.

Die Verteidigung, organisiert vom Lawyers Military Defense Comittee in Heidelberg, vertreten durch Rechtsanwalt Christopher Coats, erreichte, daß der Prozeß aufgeschoben wird, um vorher zu klären, ob die Telefone der Prozeßbeteiligten abgehört wurden. Es wurden dazu im Prozeß Dokumente vorgelegt, die eindeutig bewiesen, daß ein von der amerikanischen Armee beauftragter Agent im Jahr 1974 ins Lawyers Military Defence Committee eingeschleust worden war. Der Agent, Bill Beal, war – nach Aussage von Vertretern der US-Armee – eingeschleust worden, um festzustellen, woher das LMDC herausbekommen hatte, daß schon vorher Agenten eingeschleust worden waren.

Auf Anordnung des Richters muß die amerikanische Armee jetzt feststellen, ob die Telefone des Angeklagten (dienstlich und privat), die Telefone der Rechtsbeistände und der öffentlichen Fernsprecher vor der Kaserne unter Umständen durch die Deutsche Bundespost im Auftrag der US-Armee abgehört wurden. Dies dürfte einige Schwierigkeiten verursachen.

Hatheway selbst ist Offizier, Angehöriger der 'Green Barets' und hat so geheime militärische Aufträge zu bearbeiten, daß er darüber nicht einmal mit seinem Anwalt sprechen darf. Der Angriff auf selbst die intimste Sphäre der Soldaten und die Kontrolle der Armee über jeden Lebensbereich der zu ihr gehörenden machen auch einem mustergültigen Soldaten Nachdenken.

Ähnliches gilt für den Fall des Air Force Sergeant Pat J. Devino, Patch Kaserne Stuttgart, 11/41 Special Activity Squadron. Diese Einheit ist eine ausgesuchte Einheit von 58 höchstqualifizierten Soldaten, die die Personalpolitik der gesamten amerikanischen Armee in Europa unter sich haben. Keine Beförderung oder Versetzung, die nicht in irgendeiner Weise durch diese Einheit geht. Im selben Gebäude wie diese Einheit ist die National Security Agency untergebracht, die geheimste Geheimorganisation der USA, die im Rang über dem CIA steht.

Devino, mustergültiger Soldat, betraut mit wichtigsten Personalaufgaben, ist wegen homosexueller Tendenzen angeklagt. Zur Beweissicherung wurde am 9. September illegal sein Zimmer in der Patch Kaserne durchsucht. Devino erklärte: „Ja, ich bin homosexuell, ich bin stolz darauf. Ich habe als Kind dagegen gekämpft, aber ich habe es heute akzeptiert. Ich habe das auch bei meiner Einstellung in die Armee angegeben."

Außerdem gab Devino aus der Kenntnis der Personalunterlagen an, daß mindestens 10 % aller US-Soldaten homosexuell seien und mindestens weitere 25 % homosexuelle Tendenzen haben.

Fast seine gesamte Einheit (insgesamt 50 der 58 Angehörigen) einschließlich der meisten Offiziere haben eine Solidaritätsresolution für Devino unterschrieben, in der es heißt: „Es ist bekannt, daß Devino homosexuell ist. Devino leistet hervorragende Arbeit. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß Devino weiterhin mit seinen Kameraden wohnt und arbeitet."

Nach 2 1/2 stündiger Beratung empfahl das Gericht in dem angestrengten Disziplinarverfahren am 24. Oktober die ehrenhafte Entlassung.

Devino wurde nicht vom LMDC sondern von dem Luftwaffe Rechtsanwalt aus Zweibrücken, Fettermann, verteidigt. Beide, Fetermann und Devino, waren gezwungen, mehr über die Armee nachzudenken, in der sie so gute Dienste leisten und in der sie gleichzeitig so angegriffen werden.

Neues vom Thommy Weisbecker-Haus

BERLIN (ID) 27. Oktober

Das Thommy Weisbecker-Haus besteht jetzt seit März 1973 (siehe ID Nr. 19, 52, 71). Damals zogen so an die 80 Treber und Jugendliche ins Haus. Nach einigen Schlägereien zogen in den ersten Monaten an die 30 Leute aus. Im Laufe der Zeit (Herbst 73 - Dez. 74) existierte hier ein Stamm von 30 - 35 Leuten. In dieser Zeit bestanden 3 Wohngruppen im Haus. In diesen liefen des öfteren Schulungen, Etagenplenen und verschiedene gemeinsame Aktionen, wie Beteiligung gegen den Putteabriß sowie den Abriß des Kinderhauses des sjsz's. Wir veranstalteten auch Kinderfeste, um unser angeschlagenes Ansehen in der Nachbarschaft aufzumöbeln und Kontakte zu knüpfen. Wir wollten auch eine Art Jugendzentrum machen. Dies war aber eher unser Anliegen, als das der Jugendlichen aus der Nachbarschaft, wo diese Zielgruppe sowieso nicht gut vertreten ist.

In dieser Zeit war das Haus eigentlich gut besucht. Man hatte Kontakte und kam sich nicht so isoliert vor. Schon damals bestand

das Problem, daß im Haus einige Lernprozesse abliefen, die die neu einziehenden Jugendlichen nicht so schnell nachvollziehen konnten und auszogen. Es machte sich eine gewisse Fluktuation bemerkbar. Eine Auseinandersetzung zwischen den Wohngruppen K1 und K 3 über Trebearbeit und Stabilisierung der Wohngruppen führte zur Spaltung im Haus und einer verschiedenen Einschätzung der perspektiven des Hauses. Die K3 wollte ihre Wohngruppe stabilisieren und nahm nur zögernd neue Treber auf. So stabilisierte sie sich, wobei andererseits die K1 unter einem „kommen und gehen" litt.

Diese Auseinandersetzung wirkte sich eine Zeitlang lähmend auf das Haus aus. Polizeieinsätze (Drenkmann, Lorenz) sorgten dafür, daß einem das Wohnen im Haus sauer gemacht wurde. Die Brutalität der Polizeieinsätze führte größtenteils zur Resignation. Die Zerstörungswut der Bullen hat uns bis jetzt viel Zeit gekostet, die Zimmer einigermaßen in Schuß zu kriegen. Als der Hausmeister (Wolle) wegen seiner Vorstrafe wegen Verführung Minderjähriger (schon länger zurückliegendes Verfahren) gekündigt werden sollte, und wir uns dagegen sträubten, stand somit auch die Schließung des Thommy Weisbecker Hauses auf dem Plan. Durch eine Kampagne gegen das Vorgehen des Senats versuchten wir gleichzeitig wieder Zusammenhalt zu finden. Dies klappte auch zuerst recht gut. Allerdings fand die Vermittlung zu den Leuten nicht statt, so daß die Kampagne abgehoben wurde, was ebenfalls zu Frust führte. Schwere Rückschläge erlitten wir z.B. während der Kampagne durch Klauereien (besonders von Spendengeldern). Teilweise wurde von den Spenden Essen eingekauft, da während der Kampagne kaum jemand arbeitete und ein Riesenloch in der Haushaltskasse war.

Kurz vor den Sommerferien 75 nahm das Chaos (Fehlen von Putzplänen, keine Etagenplenen, keine Haushaltsplenen, kein Geld in der Kasse, da niemand arbeitete) und die damit verbundenen Fluktuationen größere Ausmaße an. Nach den Sommerferien versuchten wir, mit neu erlangtem Elan einiges zu ändern. Wir organisierten 3 in der Woche stattfindende Plenen, bei denen wir auch inhaltlich aufeinander eingehen wollten. Es wurden Koch- und Putzpläne neu organisiert. So versuchten wir, konsequent die alten Richtlinien wieder einzuführen. Dies führte dazu, daß einige Leute gehen mußten.

Wir sind momentan 15 Leute, die in 2 mehr schlecht als recht funktionierenden Wohngruppen aufgeteilt sind, organisatorische und inhaltliche Probleme werden durch persönliche Auseinandersetzungen blockiert. Einige von uns, die durch die steigende Arbeitslosigkeit keine Arbeit finden, haben die Möglichkeit, in einem vom Verein Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Berlin getragenen Arbeitskollektiv (Handwerkergruppe) mitzuarbeiten. Auch die anderen, die arbeitslos sind, haben genug im Haus zu tun. Umstände dieser Art, wie Arbeitslosigkeit, Überforderung (15 Leute – ein Haus verwalten), Integration neuer (instabiler) Leute, kein fester Kern, kaum Unterstützung von außerhalb, führen zu einer Perspektivelosigkeit, die wir nicht allein überwinden können.

Wer Interesse am Haus hat und uns unterstützen will, kann montags und freitags um 19.30 Uhr zum Hausplenum kommen und sich mit uns zusammensetzen.

(aus: Info Berliner Undogmatischer Gruppen, 20.10.75)

Arno Münster – ein weiteres Opfer der Säuberungen im Medienbereich

Tübingen/Paris (ID) 27. Oktober

Arno Münster, seit 1969 freier Mitarbeiter verschiedener westdeutscher Rundfunkanstalten und seit 1972 ständiger freier Journalist des WDR in der Hauptabteilung „Kulturelles Wort" – Autor von Stundensendungen und regelmäßiger Pariser Mitarbeiter der „Kritischen Chronik", wurde seit einiger Zeit stark wegen der „Tendenz" seiner Beiträge angegriffen und nun endgültig aus den Rundfunkanstalten gesäubert. Auch aus der „Frankfurter Rundschau", für die er seit Jahren als freier Mitarbeiter geschrieben hatte, wurde er herausgeholzt: „Ich darf Sie bitten, unter diesen Umständen in Zukunft auf Zusendung von Manuskripten an die ‚Frankfurter Rundschau' zu verzichten. Mit vorzüglicher Hochachtung Werner Holzer" (Aus einem Brief der Chefredaktion an Münster, vom 22. 8. 1975). Die Umstände, die zu Münsters „Kündigung" führten, waren das Anprangern der Unterdrückung sämtlicher Portugalbeiträge, die er im Juni–Juli 1975 in den westdeutschen Medien veröffentlicht haben wollte (siehe ID 96).

Der letze Portugalbeitrag von Arno Münster, eine 15minütige Sendung mit Interviews mit einem MFA-Vertreter und Alvaro Cunhal, war am 4.4. in der „Kritischen Chronik" des WDR gesendet worden. Nach der Sendung, in der Cunhal auch auf die Kommunistenverfolgung in der BRD eingegangen war, entschuldigte sich der verantwortliche Redakteur für den Inhalt. Beim angeschlossenen SWF löste der Beitrag heftige Reaktionen aus. Peter W. Jansen zu Münster: „Sie haben damit Komplikationen zwischen beiden Hausern heraufbeschworen!" Nun, die beschworenen Geister einigten sich sich sehr schnell und machten dem unliebsamen Spuk ein Ende. Als Münster wenige Wochen später im „Kritischen Tagebuch" des WDR weitere aktuelle Reportagen über den fortschreitenden Demokratisierungsprozeß in Portugal und vor allem über die Affären „Renascença" und „República" machen wollte, wurden diese brüsk abgelehnt. Man konnte sich mit ihnen „nicht befreunden", sie waren „zu lang" und „schwer kürzbar", oder schlichtweg „zu detailliert", womit sie keinen „Bogen zur Beurteilung und Einschätzung dessen (liefern), was eben diese Fälle („Renascença" und „República") für die portugiesische Weiterentwicklung bedeuten ..." (aus einem Brief vom 7.7. des WDR-Redakteurs W. Reuther).

Im Rahmen einer Direktsendung per Telefon aus Lissabon war mit Münster für das Mittagsmagazin des WDR am 28.6. um 13.00 Uhr ein Kommentar über die politischen Entwicklungen in Portugal nach der Veröffentlichung des „Aktionplanes" der MFA-Versammlung vereinbart worden. Doch 30 Minuten vor Sendebeginn wurde Münster mitgeteilt, daß Programm sei „ausgebucht". Mittagsmagazin-Redakteur Prinz, der diese Sendung drei Tage vorher selbst mit Münster eingeplant hatte, war diese Begründung wohl zu fadenscheinig. Er schickte einen anderen Redakteur vor, der Münster mit der Verschiebung des Beitrages auf nächsten Montag vertrösten sollte. Rein „zufällig" meldete sich besagter WDR-Redakteur an jenem Montag wieder bei Münster, um ihm mitzuteilen, daß sie leider wieder „ausgebucht" seien.

Auch ein geplantes Fernsehinterview, das Arno Münster mit Copcon-General Saraiva de Carvalho projektiert hatte, wurde von „Panorama"-Chef G. Bott ohne Begründung abgelehnt. Ruft man sich in Erinnerung, daß Münster im Dezember 1974 in der Sendung „Panorama" ein Interview mit Jean Paul Sartre gemacht hatte, und wie dieses Interview von Springer, der CDU und der gesamten anderen Rechtspresse scharf angeschossen und als Unterstützung der RAF angeprangert wurde, bekommt diese wortlose Ablehnung Hintergrund. Arno Münster wurde auf Anweisung von „Oben" mit totaler Auftragssperre sanktioniert, was bei einem freien Mitarbeiter das Ende seiner journalistischen Arbeit bedeutet. Die „Frankfurter Rundschau" stand diesen Tendenzen in keiner Weise nach. Kurzfristig zog sie den vereinbarten Vorabdruck aus Münsters Portugalbuch zurück und druckte einige andere Berichte, vor allem einen aktuellen Spanienbericht, aus „Platzmangel" nicht ab. Als Münster dies in die Öffentlichkeit brachte, wurde er kurzerhand gekündigt.

Normalerweise ist es üblich, für vorbereitete und nicht gesendete oder gedruckte Beiträge und Artikel ein Ausfallhonorar an die freien Mitarbeiter zu bezahlen. Doch nicht so bei Arno Münster. Da er für keine seiner vorbereiteten und abgelehnten Reportagen auch nur einen Pfennig bekam, wurde für ihn sein Engagement – er fuhr mehrere Male nach Portugal, um dort zu recherchieren und Informationen aus erster Hand zu sammeln – ein finanzielles Desaster. Zusätzlich wurden ihm bisher vom WDR die Urlaubsgelder verweigert. Weil Münster in der BRD Berufsverbot hat und von der Arbeit als freier Journalist lebt, wiegen diese materiellen Repressionen besonders stark.

Das Vorgehen der Mediengewaltigen wirft außerdem ein bezeichnendes Licht auf ihr Verhältnis zu freien Mitarbeitern. So lange sie ihnen genehm sind und als Materiallieferant funktionieren, ist es gut. Sobald man sie aber aus irgend einem Grund nicht mehr haben will, läßt man sie einfach in der Versenkung verschwinden. Sie haben keine Ansprüche zu stellen und schon gar nicht ihre Meinung über die Redaktion zu äußern.

Ob dieser Vorfälle schrieb Arno Münster am 30.7. an den „Kollegen" Hans Diedenhofen von der Mediengewerkschaft RFFU im DGB, Verband WDR, in der er organisiert ist: „Ich schrieb Ihnen diesen Brief, um auf diesen Skandal aufmerksam zu machen.

Es wäre nett von Ihnen, wenn Sie den Inhalt innerhalb der RFFU Gewerkschaft, insbesondere des Verbandes WDR, verbreiten und bekanntmachen könnten" (aus Münsters Brief) Diedenhofen reagierte bisher mit beharrlichem Schweigen.

Am 29.7.75 wandte sich Münster mit einem Schreiben und Dokumenten über den Konflikt an den „Spiegel" (Auslandsredaktion Dr. D. Wild, da er in Paris im Exil lebt), in der Hoffnung, dort auf Interesse zu stoßen. Am 8.8. folgte die Reaktion mit folgendem Schreiben: „Lieber Herr Münster, herzlichen Dank für Ihren Brief. Ihr Trouble mit dem Funk ist ganz sicher ärgerlich. Aber wir können mit der Story kaum etwas anfangen. So ist der Rundfunk ja vielleicht." Der „Spiegel" ganz sicher auch.

NOTIZEN AUS STAMMHEIM

SENATSBESCHLUSS VOM 30. SEPTEMBER 1975 WEITERVERHANDLUNG OHNE ANGEKLAGTE – ZUSAMMENFASSUNG

Stammheim (ID) Die Angeklagten sind verhandlungsunfähig im Sinne von § 231 a Strafprozeßordnung. Die Gutachter sprechen zwar nur von „zeitlich eingeschränkter Verhandlungsunfähigkeit", die rechtliche Wertung ergibt jedoch tatsächlich Verhandlungsunfähigkeit. Es muß nämlich das zeitliche Verhältnis zwischen Verhandlungsfähigkeit und -unfähigkeit berücksichtigt werden. Geschieht das, so ist verhandlungsunfähig im Sinne von § 231 a StPO derjenige, „dessen Verhandlungsfähigkeit soweit herabgesetzt ist, daß eine ordnungsgemäße Durchführung der Hauptverhandlung ausgeschlossen ist, auch dadurch würde das Verfahren ‚verhindert' und ‚unmöglich gemacht'".

Das ist im vorliegenden Verfahren der Fall, wie die Gutachter und die bisherigen Erfahrungen zeigen.

Dabei stehen die Angeklagten in diesem Großverfahren nicht schlechter gegeüber anderen Angeklagten in einem kleinen Verfahren, das schnell abgewickelt werden kann und deshalb die Anwendung von § 231 a StPO nicht erfordert. Denn: „Das Ausmaß des Verfahrens, das von der Zahl und der Schwere der vorgeworfenen Straftaten sowie der Schwierigkeit der Beweisaufnahme abhängt, gehört insoweit zur Sphäre des Angeklagten." Ansonsten müßte der nicht voll Verhandlungsfähige strafgerichtliche Verfolgung umso weniger befürchten, je umfangreicher und komplizierter die ihm zur Last gelegten Straftaten sind, er ginge eher frei aus, als der weniger belastete Angeklagte.

Ein weiterer Grund für die Verhandlungsunfähigkeit ist die festgestellte Behandlungsbedürftigkeit der Angeklagten, deren unsichere Dauer die zeitliche Ungewißheit noch vergrößert.

Andererseits ist jedoch eine weitere Verzögerung der Hauptverhandlung „nach der bisherigen Dauer des Verfahrens und wegen des Umfangs des Prozeßstoffes in Anbetracht des in der Menschenrechtskonvention festgelegten Beschleunigungsgebotes nicht möglich."

Die Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten steht auch deshalb einer ordnungsgemäßen Durchführung der Hauptverhandlung entgegen, weil die „Ungewißheit, ob und wie lang die Angeklagten am einzelnen Tag der Verhandlung folgen könnten ... jede vernünftige Prozeßplanung und damit -führung unmöglich machen würde."

„Die Angeklagten haben ihren jetzigen Gesundheitszustand vorsätzlich und schuldhaft herbeigeführt; sie wußten, daß in diesem Zustand eine ordnungsgemäße Durchführung der Hauptverhandlung nicht möglich ist."

Nach den ärztlichen Gutachten hat der jetzige Gesundheitszustand nicht nur e i n e Ursache allein. Infrage kommen die Haftbedingungen, die psychischen Belastungen durch die Länge der Untersuchungshaft als solcher und vor allem durch das Strafverfahren selbst sowie die Mangelernährung durch den wiederholten Hungerstreik der Angeklagten. Eine „anteilsmäßige Trennung oder Gewichtung dieser beiden Komplexe (Hungerstreik und Haftbedingungen) ist laut Prof. Rasch nicht möglich. Der Senat aber „hat keine Bedenken, daß die Hungerstreiks wenigstens mit-ursächlich für den heutigen Gesundheitszustand der Angeklagten sind". Das zeigt besonders der letzte Hungerstreik, an dem ein früherer Mitangeklagter gestorben ist.

„Die Hungerstreiks hatten weitreichende Ziele. Vordergründig sollten sie die Änderung der Haftbedingungen, die ‚Aufhebung der Isolation' herbeiführen, das waren die von den Angeklagten genannten und von ihnen in der Öffentlichkeit propagierten Zwecke.

In Wahrheit war die Änderung der Haftbedingungen nur Mittel zum Zweck, um die politische Agitation in den Haftanstalten, die ‚Politisierung der Gefängnisse', um den ‚Kampf gegen das kriminelle imperiale System', die Herbeiführung von ‚Revolten im Knast' zu ermöglichen. Das ergibt sich eindeutig aus Zellenzirkularen und sonstigen Schriftstücken, die den Angeklagten und anderen mit ihnen zusammen solidarisch hungernden Häftlingen zuzuordnen sind. Die Herkunft dieser Schriftstücke ist in einem Maße gesichert, das im jetzigen Verfahrensstadium zur Überzeugungsbildung des Senats ausreicht."

(Es folgen zweieinhalb Seiten Zitate aus sogenannten Zellenzirkularen und anderen Papieren aus der Zeit vom Februar 1973 bis zum September 1974, in denen von „Agitation, Organisation und Aktion im Knast," von „Politisierung der Gefängnisse, zum Kampf um Rechte wie Selbstverwaltung, tarifgerechte Bezahlung, Schutz der Familien und so weiter" die Rede ist sowie von „Revolte im Knast", von einem „Mittel, die Solidarität der Linken zu aktivieren". Aus der letzten Hungerstreikerklärung zitiert der Senat unter anderem: „Die Abschaffung der Isolation ist die Bedingung, die wir uns erkämpfen müssen, wenn Selbstorganisation der Gefangenen, wenn revolutionäre Politik, wenn Befreiungskampf im Gefängnis überhaupt eine realistische Möglichkeit von proletarischer Gegenmacht werden soll ...".

Auffällig ist – das sei hier schon gesagt –, daß die zitierten Papiere entweder aus anderen Verfahren – nämlich dem Ausschlußverfahren gegen Ströbele – stammen oder aus dem Kreis derjenigen Schriftstücke, auf denen die Anklage basiert und über die daher überhaupt erst Beweis erhoben werden müßte, bevor sie gegen die Angeklagten verwendet werden dürften.

Der Senat fährt schließlich fort:

„Somit steht außer Frage, daß die Hungerstreiks nicht deshalb durchgeführt wurden, um als gesundheitsbedrohend empfundene Haftbedingungen zu beseitigen, in der Tat waren die Haftbedingungen rechtens." Denn sie waren bei der Gefährlichkeit der Angeklagten notwendig, die Angeklagten wollten fliehen und stehen außerdem in dringendem Verdacht, in der Haft eine kriminelle Vereinigung mit Hilfe von Verteidigern fortgesetzt zu haben. Die Rechtmäßigkeit der Haftbedingungen ist auch von der Europäischen Menschenrechtskommission bestätigt worden.

"Den Angeklagten war klar, daß die Hungerstreiks ihre Gesundheit schwer in Mitleidenschaft ziehen müßten. So schrieb der Angeklagte Baader in einem am 4.2.1974 gefundenen Kassiber: ‚Ich denke, wir werden den Hungerstreik diesmal nicht abbrechen. Das heißt, es werden Typen dabei kaputtgehen.' Diese Beschädigung ihrer Gesundheit nahmen die Angeklagten jedoch nicht nur in Kauf, sondern setzten diesen Umstand bewußt als Mittel ein, um das bevorstehende Strafverfahren zu verhindern. Sie wollten, wie die Angeklagte Meinhof am 9.1.1974 an ihre Verteidiger schrieb (Anm.: Zitat aus der Verteidigerpost!!), ‚aus der Krankheit eine Waffe machen'."

„Der Plan, sich durch den Hungerstreik verhandlungsunfähig zu machen, ist den Angeklagten gelungen. Die Beeinträchtigung ihres Gesundheitszustandes durch den wiederholten Hungerstreik ist, wie schon ausgeführt, jedenfalls mit-ursächlich für die Verhandlungsunfähigkeit; das genügt für die Anwendung von § 231 a STPO."

Zwar können nach Angaben der Gutachter, wie Erfahrungen aus der Nachkriegszeit zeigen, Gewichtsverluste durch Mangelernährung in etwa einem halben Jahr wieder ausgeglichen werden, aber die Nachkriegserfahrungen können nicht auf die Angeklagten übertragen werden.

Denn dort oder auch in Fällen von freiwilliger Nahrungsverweigerung, die nach Erreichen des damit verfolgten Zieles beendet wird, widmen sich die betroffenen Personen wieder voll der Aufgabe, Gewichts- und Gesundheitsverluste auszugleichen. Das ist hier

aber nicht der Fall Die Angeklagten gaben den Hungerstreik nicht auf, weil sie ihre Ziele erreicht hätten sondern weil sie einsehen mußten, daß er gescheitert war „So war das Ergebnis für die Angeklagten nicht dazu angetan, nunmehr nach Kräften an der Wiedergesundung zu arbeiten Der Ausgang des Hungerstreiks war vielmehr Anlaß, jene resignierende und depressive Grundhaltung zu verstarken, die Prof Dr Mende beobachtet hat, auch in jenes Wechselspiel zwischen psychischer Belastung und Zielstrebung der Angeklagten (Professoren Dr Müller, Dr Schröder) negativ einzugreifen und so die von den Sachverständigen beobachtete vegetative Dysregulation zu fördern

Indes war auch dies für die Angeklagten voraussehbar, unterbrach jedenfalls nicht den von ohnen wissentlich in Gang gesetzten Ursachenablauf"

Die Angeklagten wußten, daß die Haftbedingungen von den Behörden nicht anders festgelegt werden konnten, wollten sie nicht die oben dargelegten Bestrebungen der angeklagten fördern Sie wußten auch, „daß die Haft ihre seelische und körperliche Verfassung beeinträchtigte, keinesfalls aber förderte Es war daher für sie klar erkennbar, daß die schwere gesundheitliche Schädigung, die ein Hungerstreik hervorrief, allenfalls mit großem — insbesondere auch zeitlichem — Aufwand wieder zu beheben war

Soweit deshalb die Haftbedingungen die Gesundheit der Angeklagten und damit ihre Verhandlungsfähigkeit negativ beeinflußt haben mögen, kann das doch nicht aus der Verantwortlichkeit der Angeklagten herausgenommen werden Sie kannten die Haftbedingungen, wußten, daß mit deren Änderung - im Sinne der geforderten vollen Integration — nicht zu rechenen sei, wußten andererseits, daß die durch die Hungerstreiks hervorgerufenen Schäden unter diesen Umständen nicht zu beheben sein würden

Hinzu kommt, daß die Angeklagten durch konsequente Verweigerung jeder Untersuchung durch die zuständigen Anstaltsärzte jede gezielte Therapie verhinderten Auch ihr sonstiges Verhalten, soweit es dem Gericht bekannt ist, läßt nur den Schluß zu, es sei ihnen um die Wiederherstellung ihrer Gesundheit und damit zur Verhandlungsfähigkeit nicht z tun" Die Angeklagten schreiben nächtelang Schreibmaschine bei Kerzenlicht, nutzen die Tischtennisgelegenheiten nicht, sondern besprechen sich in der dafür vorgesehen Zeit anhand von mitgebrachten Akten, außerdem haben sie sie die Angebote, mit anderen Häftlingen zusammenzukommen, als „Spitzellösung" abgelehnt und überhaupt die Besuchsmöglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft

„Daß die Angeklagten sonst auf irgendwelche Weise ihre gesundheitliche Wiederherstellung be- oder verhindert hätten, konnten die Sachverständigen nicht feststellen, obwohl auffällig ist, daß bei den Angeklagten, vier verschiedenen Individuen, nahezu die gleichen Symptome auftreten Bei anderen dem Senat bekannten Verfahren mit langjähriger Einzelhaft war dergleichen jedenfalls nicht zu beobachten Die Tatsache, daß Baader bei einem Treffen aller vier Angeklagten in der vergangenen Woche zu Gehör eines Aufsichtsbeamten erklärte ‚Wir müssen krank sein, wir müssen gebrochen wirken!' läßt in diesem Zusammenhang aufhorchen

Das aufgezeigte Verhalten der Angeklagten ist nicht geeignet, den von den Sachverständigen festgestellten, durch Haft und Hauptverhandlung hervorgerufenen Streß zu beseitigen, der Streß wird hierdurch nur gesteigert und wirkt sich negativ auf die gestörte vegetative Regulation der Angeklagten aus Daß selbstverschuldete, sogar rein seelische Krankheitszustände, die zu Verhandlungsunfähigkeit führen, ein Verhandeln in Abwesenheit des Angeklagten rechtfertigen, ist in der Rechtsprechung anerkannt (BGH St 2, 304).

Als Ergebnis ist festzustellen, daß die Angeklagten ihre Verhandlungsunfähigkeit wissentlich und schuldhaft herbeigeführt haben Zum Teil war der von ihnen (auch) zu diesem Zweck geführte Hungerstreik ursächlich, im übrigen sind die sonstigen Faktoren, die die Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten ungünstig beeinflussen, ihnen weitgehend zuzurechnen."

Zwischen den einzelnen Angeklagten braucht nicht differenziert zu werden, da sie solidarisch gehandelt haben und sich über ihr Vorgehen einig sind.

Die Angeklagten hatten bereits zweimal Gelegenheit, sich zur Anklage zu außern „Der Senat hält die weitere Anwesenheit der Angeklagten nach dem derzeitigen Erkenntnisstand nicht für unerläßlich Sie werden zur Hauptverhandlung wieder zugezogen, sobald sie verhandlungsfähig sind"

AUSLAND

API erscheint wieder
Informationen über die spanische MFA

Barcelona (API/ID) 13 Oktober Nach fünfmonatiger Unterbrechung hat die API (Agencia popular informativa — Informationsagentur des Volkes) ihre Arbeit wieder aufgenommen In der Hausmitteilung der neuen Nummer schreibt das Kollektiv, das im Untergrund arbeitet

„Das Verbot der Zeitschriften „Triumfo" und „Mundo" für jeweils vier Monate, die wiederholten Beschlagnahmungen der Zeitschriften „Cambio — 16", „Doblon", „Destino", „Canigo" und „Por Favor", die permanente Zensur der Tagespresse, die Drohungen gegen fortschrittliche Medien und Journalisten sind ein Beweis für den repressiven Charakter des frankistischen Regimes Durch das Antiterroristen-Gesetz (ID 96) erscheint die Realität in den Zeitungsseiten in ihrer deformiertesten Version

Angesichts dieser Situation ist das API-Kollektiv der Meinung daß sein Beitrag zur Durchbrechung dieses Informationsblocks unbedingt notwendig ist Mit dieser Entscheidung entspricht das API Kollektiv den Wünschen von verschiedenen politischen und Massenorganisationen

Das API-Kollektiv hält es indessen für unbedingt erforderlich, daß alle Organisationen sowie die fortschrittlichsten Journalisten und Intellektuellen ihre Unterstützung geben In diesem Sinn bekräftigt das API-Kollektiv seinen antifrankistischen Charakter, seine einheitliche (d.h überparteiliche, d.Übers.) Zielsetzung und seinen Respekt gegenüber allen Organisationen der Arbeiterbewegung und des Volkes"

Unter der Rubrik „Repression" bringt die API Nachrichten über Verhaftungen von Offizieren, die der UMD (Union militar democratica — Demokratische Militärunion) angehören Zwar ist die UMD noch lange keine spanische MFA, ihre Unterdrückung aber beweist die Furcht der noch Herrschenden in Spanien.

Am 29. Juli wurden in Madrid sieben Armeeoffiziere verhaftet, kurze Zeit später nochmal zwei Offiziere der Armee und der Luftstreitkräfte. Am 9. Oktober wurden in Barcelona wieder drei Armeeoffiziere verhaftet In einem Flugblatt, das in den Kasernen kursierte, heißt es:

„Wie lange müssen wir diese unwürdige Behandlung, diesen Zynismus, und diese Korruption noch ertragen? Genossen, für unser geliebtes Spanien und für unsere unantastbare Armee müssen wir dem ein Ende setzen Wir wollen nicht länger das Joch eines korrupten und tyrannischen Regimes tragen, das das Volk schon seit Jahren verabscheut und über das auch die integersten und hervorragendsten Offiziere der Armee verbittert sind. Unsere Geduld ist nun am Ende."

Unterzeichnet von einer „Gruppe von Kommandanten und Offizieren" kursiert seit August ein anderes Papier, das eine politische Position bezieht:

"(...) Alle wissen von der tiefen Spaltung der Armee Auf der einen Seite sind die Berufssoldaten, die (...) an der Armee kritisieren, daß sie sich Aufgaben widmet (...), für die sie nicht vorbereitet ist, daß sie sich (z.B.) in der zivilen Rechtsprechung abnutzt.

Sie kritisieren, daß die Armee einerseits im Volk verhaßt ist, weil sie sich als Repressionsmittel versteht, daß sie andererseits derart ineffektiv geworden ist, daß ein unterentwickeltes Land wie Marokko mit uns ein Spiel treiben kann. (...)

Diese Berufssoldaten wünschen eine schlagkräftige und vom Volk geliebte Armee, (...) sie vertrauen auf ein anderes politisches System, denn das gegenwärtige Regime hat sie nur betrogen, (...) sie wollen im Dienst einer wirklich demokratischen und für alle gerechten Nation sein, sie betrachten als ihre oberste Norm der Treue die menschliche und berufliche Ehre.

Auf der anderen Seite sind die von einem todgeweihten System Korrumpierten, die Priviligierten, die Unverantwortlichen, die Knechte einer Minderheit, die die Macht monopolisiert. (...)

Dies ist die einzige Realität. Die Armee ist kein monolithischer Block, wie es die zweite Gruppe in ihrem Interesse dem Volk glauben machen will. Die Armee ist gespalten. (...)

Das Spiel mit zwei Karten kann keiner mehr weiter spielen. Überlege und entscheide, auf welcher Seite du stehst".

Die UMD umfaßt nach eigenen Angaben etwa 1.000 Militärs, mehrheitlich Offiziere und Kommandanten, davon 400 Mitglieder und 600 Sympathisanten. Die hektischen Umbesetzungen in den Generalstäben, die in den letzten Wochen und Monaten vor allem vom faschistischen Chef der „Guardia Civil", General Campano, betrieben wurden und hinter denen die Faschisten der sogenannten „Bunker"-Gruppe (nach dem Hitler'schen „Führerbunker") stehen, sind nur die Reaktion von Furcht und Schrecken. Der lange Schatten der portugiesischen MFA trifft in der UMD auf die spanische Realität.

Der ID publiziert hier das Konzept der „Demokratischen Militärunion" – damit die spanische Wirklichkeit nicht durch die portugiesische Revolutionsbrille betrachtet wird.

„KONZEPT DER DEMOKRATISCHEN MILITÄRUNION

1.
Angesichts der vollständigen Spaltung, die zwischen dem wirklichen Spanien und dem totalitären Regierungssystem besteht, das nur um seine Aufrechterhaltung besorgt ist, spielen die Streitkräfte die Rolle des Interessenbeschützers des gegenwärtigen Regimes – und nicht die des spanischen Volkes. Im Bewußtsein dieser Situation strebt die UMD danach, daß sich die Streitkräfte einzig und allein in den Dienst des Volkes stellen und dadurch ihr Prestige und ihre Würde wiedererlangen.

2.
Die UMD setzt sich zusammen aus den Berufssoldaten der Streitkräfte, die bereit sind, ihre nationalen und militärischen Ziele zur erreichen. Sie stützen sich dabei notwendigerweise auf die Kraft der Kollegialität (compañerismo), in der diejenigen keinen Platz haben, die im Dienst der politischen Parteien (sowohl der Regierung wie der Opposition) stehen und die den Medien der politischen Information angehören.

3.
Die Zugehörigkeit zur UMD impliziert einen beruflichen und einen nationalen Anspruch. Im beruflichen Aspekt bemühen sich die die Mitglieder der UMD, vorbildliche Militärs zu sein, die die bequemen Posten meiden, aber in den Einheiten Posten bevorzugt übernehmen wie die Kommandogewalt. Im nationalen Aspekt übernehmen sie die Verpflichtung, sich eine profunde politische Bildung anzueignen im Bewußtsein der Gefahren, die dies zur Zeit bedeutet.

4.
Die Mitglieder der UMD lehnen jedes Heldentum ab und verpflichten sich formal und kategorisch, keine Art von Prämien und Pfründen für ihr patriotisches Handeln anzunehmen.

MILITÄRISCHE ZIELE

1.
Reorganisation der Streitkräfte durch Schaffung eines Verteidigungsministeriums, das als einziges Organ für die Führung verantwortlich ist. Dieses Ministerium übernimmt die Lösung der bürokratischen Probleme der nicht-operationellen Einheiten, der Überflüsse von Berufssoldaten, besonders unter Offizieren und Generalen, von denen ein Teil unfähig ist bzw. mit den reaktionärsten Gruppen des Landes verbunden ist.

2.
Ausbildung, Berufsethos und Verantwortung für die Unteroffiziere, wie es ihnen zukommt.

3.
Revision des Gesetzes über den Militärdienst mit dem Ziel, vorhandene Privilegien zu beseitigen und die Grundausbildung des Soldaten zu intensivieren, d.h. sie zu verkürzen, wobei das Opfer zu berücksichtigen ist, daß der Militärdienst für die Nation und die Jugend eines jeden bedeutet.

4.
Reform der Militärjustiz durch Reduzierung ihrer Rechtsprechung auf allein militärspezifische Delikte und durch Beseitigung von Privilegien aus Gründen der Abstammung, Beseitigung des Nachtwachensystems und der Ehrengerichte, der akademischen Disziplinräte, der Säuberungskommissionen aus Gründen der juristischen Unsicherheiten, die sie schaffen, und aus Gründen der Verteidigungslosigkeit, in der sie den Soldaten lassen.

5.
Ausarbeitung eines Militärstatuts, in dem Pflichten und Rechte, sowie die Mittel festgelegt werden, die man gegenüber jeder ungerechten und willkürlichen Maßnahme ergreifen kann.

NATIONALE ZIELE

1.
Wiederherstellung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten und, als Konsequenz, Generalamnestie für alle Bürger (zivile und Militärs), die bestraft wurden, weil sie diese Rechte verteidigen.

2.
Sozioökonomische Reformen, die die Verteilung des Reichtums ausgleichen, die die vollen Rechte der Arbeiter anerkennen wie das Streikrecht und die freie Organisation und Leitung eigener Gewerkschaften.

3.
In allen territorialen und institutionellen Organen Anerkennung des Rechts auf demokratische Wahlen der Führung sowie der Regierungs- und Organisationsformen, die als am meisten geeignet angesehen werden – ohne Beeinträchtigung des spanischen Staates.

4.
Bekämpfung der vorherrschenden Korruption, wie sie vom (Franco-)Regime praktiziert wird, mit größter Energie, bis zu ihrer völligen Entlarvung und Beseitigung.

5.
Einberufung einer demokratisch gewählten Verfassungsgebenden Versammlung, die eine Verfassung für Spanien ausarbeitet, die uns die Integration in Westeuropa ermöglicht."

Gespräch mit der Arbeiterkommission von COMETNA

AMADORA (ID) 29.Oktober

Ein Mitglied der Arbeiterkommission des Metallbetriebes COMETNA berichtet in folgendem Gespräch, das Ende September stattfand, über den Kampf in der Fabrik, die Organisation auf Ortsebene, die Einschätzung der 6. Regierung. Carlos Alberto Silva ist schon unterm Faschismus Kommunist gewesen. Warum das Statut der Volksversammlung von Amadora (ID 96) nicht verabschiedet wurde, ist ein weiterer Punkt seines Berichts.

F Wieviele Arbeiter und Arbeiterinnen gibt es in Cometna?

A Cometna besteht aus 3 Betrieben. Einer in Amadora, wo wir uns befinden, einer in Palmela und einer in Lissabon. Dieser hier ist der Hauptbetrieb, hier befindet sich die Gießerei. Hier arbeiten etwa 1000 Arbeiter, insgesamt etwa 1800. Frauen arbeiten hier nicht viele, einige in der Verwaltung, die Hauptverwaltung ist in Lissabon. Wir haben ein chemisches Labor hier, dort arbeiten etwa 20 Frauen, dann noch einige in der Küche und einige als Putzfrauen.

F Wie war das mit den ehemaligen Eigentümern?

A COMETNA war und ist ein Unternehmen mit ausschließlich portugiesischem Kapital. Wir haben keinen Eigentümer und keinen

Kapitalisten seit dem 27. Mai, als er verhaftet wurde wegen Wirtschaftssabotage. Inzwischen ist er wieder auf freiem Fuß und lebt in Frankreich. Und wir haben die Entscheidung damals am 30. Mai in die Hand genommen, planten die Organisation des Betriebs und warteten darauf, daß die Regierung die Situation von COMETNA legalisiert.

F: Worin bestand die Sabotage?

A: Wir als Laien auf diesem Gebiet sehen das so: Es handelte sich um sich überkreuzende Geschäfte — er war ja auch Geschäftsführer bei der CEPSA, also um Geschäfte, die zur Schwächung beider Betriebe führte. Er nahm vom einen und gab dem anderen, immer hin und her. Dieses Verbrechen wird von den bestehenden Gesetzen offensichtlich nicht für strafbar gehalten. Er war zwar die ganze Zeit bis vor etwa einem Monat im Gefängnis, aber er wurde keiner Schuld überführt, da diese Gesetze ja immer noch aus der Zeit des Faschismus stammen. Deshalb ist er jetzt wieder frei. Er ist frei, aber die Arbeiter haben beschlossen, daß er nicht einmal als Techniker — dies war der erste gemeinsame Beschluß der Arbeiter, und unsere Haltung hat sich seitdem nicht geändert — den Betrieb betreten darf.

F: Und diese Versammlung hat abgestimmt und dann eine Arbeiterkommission gebildet?

A: Nein, die Arbeiterkommission existierte schon vor dem 25. April. Es gab verschiedene Kommissionen, die sich mit verschiedenen nenbereichen befaßten und die Probleme lösten. Wenn Sie aber fragen, ob es eine wirkliche Kommission gab, so ist die Antwort „nein". Es gab nur Gruppen, die sich mit ganz bestimmten Problemen befaßten, z.B. mit der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit, und die dann diese Aufgaben behandelten. Nach dem 25. April (1974) wurde eine Arbeiterkommission gewählt — und damals im Mai wurde eine Liste von Forderungen aufgestellt, in der wir Lohnerhöhung forderten und zwar in der Form, daß der, der mehr verdiente, weniger bekommen sollte, und der, der weniger verdiente, mehr. Dies ging bis 11 000 escudos. Den Mindestlohn setzten wir damals bei 5900 escudos an.

F: Heißt das, daß es nur den gleichen Lohn für alle gibt?

A: Nein, wir haben für jede Kategorie den gleichen Lohn.

F: Was bedeutet „Kategorie"?

A: Berufskategorie. Die verschiedenen Kategorien innerhalb der Berufe haben den gleichen Lohn.

F: Wieviele Kategorien gibt es?

A: Zehn. Vom Gehilfen über die 1., 2. usw. Kategorie bis hin zum Facharbeiter. Gelernte Arbeiter, Praktikanten usw. Also für jede Kategorie gibt es den gleichen Lohn.

F: Ist das etwas Neues?

A: Genau! So haben wir es gefordert: gleiche Kategorie, gleicher Lohn!

Wir haben eine Kommission für die Leitung der Kantine gefordert, die wir übernommen haben, eine für die Überwachung der hygienischen Verhältnisse. Wir gründeten eine Einkaufsgenossenschaft, die auch von den Arbeitern geleitet wird. Es handelt sich um eine Verbrauchergenossenschaft, vorher hatten wir eine Kantine, die letzten Endes nicht billiger war als ein Supermarkt. Jeder Arbeiter ist Teilhaber an der Genossenschaft, d. h. er und seine Familie können dort Produkte einkaufen, die wesentlich billiger sind als in jedem gewöhnlichen Supermarkt. Jeder Arbeiter ist mit einem Mindestbeitrag von 500 escudos eingetragen und nach zwei oder drei Einkäufen ist sein Konto ausgeglichen. Außerdem erhöhten wir zum Jahresende die Löhne. Wir wollten damals schon die Lohngleichheit für alle Kategorien verwirklichen, was jedoch nicht ganz möglich war, da die Unterschiede riesengroß waren, aber nun haben wir unser Ziel fast erreicht, und dies war ja auch eine unserer Forderungen. Zum Jahresbeginn haben wir die Einteilung in Kategorien überprüft und haben unser möglichstes getan, daß wirklich jeder Arbeiter innerhalb der gleichen Kategorie den gleichen Lohn erhält.

F: Wie ist die wirtschaftliche Lage von COMETNA?

A: Die Situation war schon vor der Verhaftung des Eigentümers angespannt. Vor dem 25. April lebte der Betrieb wie alle Betriebe im kapitalistischen System, d. h. mit Bankanleihen.

F: Aber anders als die „República" hat COMETNA keine Schwierigkeiten, Anleihen zu erhalten.

A: Also, wir werden diese Zeit sicherlich durchstehen, und in einigen Monaten werden wir mit genauen Zahlen aufwarten können, damit der Staat geeignete Maßnahmen ergreifen kann, denn wir sind von Interesse für die Nation, innerhalb der Industrie, der Metallurgie, gehören wir zu den größten Betrieben des Landes. Und genau deshalb müssen wir diesen Bericht ausarbeiten, damit uns nicht passieren kann, was kleineren Betrieben passiert ist, die in wirklich große Schwierigkeiten mit den Banken geraten sind. Außerdem macht sich natürlich der Boykott der europäischen Sozialdemokratie bemerkbar, des Imperialismus. Es kommen immer weniger Aufträge nach Portugal....

F: Und wie läuft es unter der neuen Regierung?

A: Bei dieser neuen Regierung, die wir als Ruck nach Rechts ansehen, dürfte die Sozialdemokratie eigentlich zufrieden sein, daß sich die Situation nach ihrem Willen entwickelt hat. Die Arbeiter sind jedoch sicher, daß dies auf keinen Fall so bleiben wird, weil es bei uns unmöglich eine Sozialdemokratie geben kann, und zwar ist dies noch ausgeschlossener als eine neue Diktatur. Denn eine Sozialdemokratie benötigt eine Art von industrieller Entwicklung, wie wir sie nicht haben. Und da wir diese Entwicklung nicht haben, gäbe es bei uns nur die Möglichkeit der Unterdrückung. Weil aber die Arbeiter am 25. April aufgewacht sind, werden sie den Versuchen einer neuerlichen Unterdrückung nicht tatenlos zusehen. Deshalb sehen wir in Portugal keine Chance für die Sozialdemokratie, genauso wenig wie für eine neue Diktatur. Und beides wird nie eintreten, denn die gesamte Volksbewegung, das Militär, die Arbeiter- und Bewohnerkommissionen werden nicht tatenlos zusehen, und wir glauben auch nicht, daß derartiges eintreten wird.

F: Welche Funktion und welchen Einfluß haben die Gewerkschaften in COMETNA?

A: Die Gewerkschaften haben Einfluß, dies ist eine Tatsache, da sie die Interessen aller Arbeiter vertreten. Man muß hier parallel sehen. Die Gewerkschaften haben ihren bestimmten Platz und können sich sehr gut in die Arbeiterkommissionen einfügen. Es ist aber klar, daß die Arbeiterkommissionen sich mit den spezifischen Problemen eines Betriebes befassen, die Gewerkschaften hingegen mit den Problemen aller Arbeiter, und dies ist ein ganz anderes Feld. Aber da die Gewerkschaften von den Arbeitern unterstützt werden, wie dies bei COMETNA der Fall ist, spielen sie eine bedeutende Rolle in der Revolution. Bei den Gewerkschaftswahlen gibt es keine Parteilisten, ich würde sagen, es gibt nur Listen mit bestimmten Parteitendenzen, und das ist etwas ganz anderes. Es gibt in der Tat mehrere Listen in unserer Gewerkschaft, wir glauben aber, daß unsere Arbeiter sich nicht darüber hinwegtäuschen lassen, wer ihre wahren Freunde sind und wer schon immer auf ihrer Seite stand.

F: Welche Listen gibt es?

A: Die Liste A ist eine Einheitsliste (mit der KP), die grob gesagt, verteidigt, was sie schon immer — und vor dem 25. April — verteidigte. Die Mitglieder haben in der Vergangenheit gekämpft, und es ist kein Zufall, daß sie in den Gewerkschaften arbeiten. Die anderen beiden Listen sind MES und MRPP/PS.

F: Sprechen wir nun von der Volksmacht. Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen COMETNA und den Arbeiterkommissionen, Bewohnerkommissionen und dem Militär in Amadora?

A: Ich schicke voraus, daß wir zum Sekretariat der Volksversammlung von Amadora gehören. In der Versammlung der MFA vom 8. Juli wurde ausdrücklich die Volksmacht gefordert. Dort begannen die Divergenzen innerhalb der MFA. Denn diejenigen, die einer Volksmacht nicht ins Auge sehen können, hinderten den Ablauf in einem Maße, das es unmöglich machte, eine Einigung zu erzielen und daher kommt es, daß uns bestimmte Einheiten nicht mehr unterstützen. Dies passierte auch in anderen Teilen des Landes, vor allem in Lissabon. Wir wollten unsere Volksversammlung abhalten.

F: Gab es bereits eine Volksversammlung?

A: Nein, denn an dem Tag, an dem sie stattfinden sollte, hat man uns einen ziemlichen Schlag versetzt. In der Kaserne in Amadora, den Kommandos, unter den Offizieren und Progressisten, die arbeiteten mit uns zusammen bei den Arbeiter- und Bewohnerkommissionen. Es war alles für die Versammlung vorbereitet, wir hatten die Bevölkerung informiert auch über die Tatsache, daß mit oder ohne

Unterstützung der Einheit ein Statut der Versammlung geschaffen werden sollte. Wir waren im Sekretariat und hatten schon alles geplant, Tribünen aufgebaut, alles war vorbereitet, die Redner bestimmt usw. Etwa um die Mittagszeit verließen wir die Einheit, und 1 1/2 Stunde später wurde uns mitgeteilt, daß die Versammlung nicht stattfinden könne.... Die Erklärung an uns war, Jaime Neves, der Kommandant, könne nicht herauskommen. Es war vor den Ferien, am 27. oder 28. Juli, der letzte Sonntag im Juli, Samstag oder Sonntag. Also, dann wurde uns gesagt, man könne dem Volke keine Einheit vorführen, wenn es unter den Kommandos eben diese Einheit, die demonstriert werden sollte, gar nicht gäbe. Die Einheit hier gehört zum COPCON. Und mit dieser Einheit versuchten wir, die Versammlung zu Ende zu bringen. Es gab jedoch Probleme, die dazu führten, daß die Linke sich zersplitterte. Und das geschah eben auch hier.

F: Wo sollte die Volksversammlung stattfinden?

A: Bestimmt auf dem Fußballplatz von Amadora. Und am nächsten Tag sollten sich die Arbeitsgruppen in den Klassenzimmern der Schule von Amadora verteilen. Und obwohl ich sagen muß, daß uns diese Einheit keine Unterstützung gegeben hat, so gibt es Einheiten, wo die Soldaten wirklich organisiert sind.

F: In Pontinha?

A: Ja, in Pontinha und anderen Orten, dort sind die Soldaten schon organisiert, und die werden hierher kommen, um die Versammlung zu unterstützen.

F: Welche Funktionen hat die Versammlung?

A: Die Versammlung versteht sich als Körperschaft — vereinigt, überparteilich, die die Volksmacht schaffen will unter der Leitung der Arbeiterklasse für den Aufbau des Sozialismus, d. h. der klassenlosen Gesellschaft durch die Kollektivierung der Produktionsmittel und die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Hauptziele sind: Mobilisierung der Massen in dem Bezirk für die Aufgaben, die der Aufbau des Sozialismus in Portugal mit sich bringt, für den Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Außerdem gilt es, die Einheit der Massen zu stärken, zusammen mit den Progressisten unter den Militärs, um so die Volksmacht zu schaffen, die die neue parteilose Basis für den Staat sein und den Interessen der Arbeiter dienen soll. Wir wollen garantieren, daß die Massen die Kontrolle über die Befriedigung ihrer Bedürfnisse haben, daß sie ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen. Wir wollen die Wirtschaft in den Dienst der Arbeiterklasse stellen durch die Kontrolle über die Produktion, die Mieten, das Transportwesen usw. Eine andere Aufgabe ist, die Revolution vor den Angriffen der ausländischen und inländischen Reaktionäre zu verteidigen, in nationaler Unabhägigkeit gegen den Imperialismus, und somit die Organe zur Verteidigung der Revolution zu schaffen, einheitlich, parteilos und in Zusammenarbeit mit den progressiven Militärs. Und ein weiteres Ziel ist, die Massen zu bilden und sie zu stärken, damit sie stark genug werden, alle Sabotagen, Boykotts und andere Verbrechen zu zerschlagen oder alle anderen Versuche, die sich gegen die Emanzipation der Arbeiterklasse richten. Wir müssen eine echte Kulturrevolution durchführen, damit die Massen stark genug sind, alle Opfer zu ertragen, die der Aufbau des Sozialismus von ihnen fordert und darüber hinaus das Gemeinschaftsgefühl und das politische und kulturelle Bewußtsein. Wo immer möglich müssen wir kämpfen gegen den Egoismus, Individualismus, Passivität, Gleichgültigkeit, Nachlässigkeit, Bequemlichkeit, d. h. gegen all die furchtbaren Laster des Faschismus und des Kapitalismus. Dieser Gang läuft nach einem bestimmten System ab. Dies sind also die Ziele der Versammlung, d. h. wir wollen eine wirkliche Volksmacht schaffen, zuerst auf lokaler Ebene, dann auf Distriktsebene ausgeweitet, und wenn alles strukturiert ist, auf einer wirklich nationalen Ebene. Bei diesem Aufbau gibt es eine Exekutive der Bewohnerkommissionen, der Arbeiterkommissionen, der Einheit, der Körperschaften und Genossenschaften, der Ärzte, Kleinindustriellen usw. Daraus geht dann die Exekutive hervor, das exekutive Element jeder Kommission, die dann das Sekretariat bilden. Wir in der COMETNA sind einer der wichtigsten Betriebe im Bezirk und sind daher mit vollem Recht in der Versammlung und versuchen dort, eine Arbeit zu leisten, die wirkungsvoll ist, obwohl viele Konservative gegen uns arbeiten. Wir wissen, daß die Hauptschwierigkeit unserer Revolution in der Unfähigkeit liegt, sich die Macht in den Händen des Volkes vorzustellen.....

Angolas Unabhängigkeit und Portugals Putschgerüchte

Lissabon (ID) 28.Oktober In genau zwei Wochen, am 11.November, wird Angola unabhängig. So sehen es die Verträge von Alvor vor, die im Januar dieses Jahres zwischen Portugal und den drei angolanischen Befreiungsbewegungen geschlossen wurden; das ist auf der einen Seite die linke MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas), die seit fast 15 Jahren für die Unabhängigkeit Angolas kämpft und die vor allem von der Sowjetunion unterstützt wird — das sind auf der anderen Seite die FNLA (Nationale Front zur Befreiung Angolas) und die UNITA (Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas), die sowohl von weißen Söldnern wie auch der Allianz USA/China unterstützt werden. Warum manifestieren sich in Angola also imperialistische Interessen? Weil das Land — anders als die übrigen ehemaligen portugiesischen Kolonien Mozambique, Guinea-Bissau, Kap Verden und Sao Tomé — riesige Reichtümer an Bodenschätzen und Rohstoffen hat.

Angola ist indessen noch nicht das zweite Vietnam. Die Parole der MPLA — A vitória é certa = der Sieg ist sicher — ist noch nicht Realität. Seit einem halben Jahr kämpfen die beiden Seiten um die Vorherrschaft. Die MPLA kontrolliert die Hauptstadt Luanda mit den wichtigsten Hafenstädten im breiten Küstenstreifen und den Ostteil Angolas mit den Grenzen zu Zaire und Sambia.

FNLA und UNITA kontrollieren einen Mittelstreifen im Inneren des Landes, der von der Nord- bis zur Südgrenze (Namibia) reicht.

Daß der revolutionäre Prozeß in Portugal mit dem Befreiungskampf in Angola aufs engste in wechselseitiger Abhängigkeit steht, ist klar. Genauer: der Ausgang des Kampfes in Angola bestimmt die Entwicklung in Portugal mit.

Die portugiesische Linke — KP, FUR und die gesamte revolutionäre Linke — sind solidarisch mit der MPLA. Die Taktik der Rechten — Parteispitze der PS, PPD und alle anderen — ist explizite Ablehnung der MPLA, stillschweigende Unterstützung der anderen Seite.

Die gegenwärtige 6. Regierung unter Azevedo nimmt weder für die MPLA noch für die FNLA/UNITA Stellung. Dazu schreibt die Lissaboner Wochenzeitung „Expresso" (18.Oktober): Eine Unabhängigkeitserklärung der MPLA am 11.November würde die politisch-militärische Krise in Portugal ebenso verschärfen wie eine Verschiebung dieses Termins bis zu einer Intervention von UNO-Streitkräften. Klar sei, daß FNLA und UNITA bis zum 11.November auf keinen Fall eine Entscheidung für sich herbeiführen könnten. Daher werde von diesen beiden der Krieg internationalisiert, vor allem durch die FNLA-Alliierten Zaire und USA, mit dem Ziel, das Datum der Unabhängigkeit zu verschieben.

Unter diesen Umständen sei es das erklärte Ziel aller linken Kräfte in Portugal, daß am 11.November die MPLA die Regierung eines unabhängigen Angola übernimmt. Da die gegenwärtige 6.Regierung für keine der drei Befreiungsbewegungen als alleinige Regierungsmacht eintrete, könne dies nur eine 7. Regierung, die von den pro-MPLA-Kräften Portugals gebildet würde.

Am Sturz der 6.Regierung seien in diesem Zusammenhang allerdings auch die portugiesischen Sympathisanten der FNLA/UNITA interessiert, vor allem die weißen Angola-Flüchtlinge, in der Absicht, durch Verschieben des Unabhängigkeitsdatums günstigere, d. h. dominierende militärische Positionen zu erreichen. Dies sei am ehesten durch ein Machtvakuum in Portugal möglich.

Für die portugiesische Linke sei also der Sturz der 6.Regierung notwendige Bedingung für die schnelle Einsetzung einer MPLA-freundlichen 7.Regierung.

Für die portugiesische Rechte sei der Sturz Bedingung für ein notwendiges Machtvakuum.

Daraus ergebe sich — laut „Expresso" — gegenwärtig in Portugal die Möglichkeit sowohl eines Putsches der Linken wie der Rechten. In diesem Zusammenhang seien die von der rechten Presse in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte eines „Linksputsches" zu verstehen.

Danach sollte eine neue Regierung unter Vasco Gonçalves bzw. Rosa Coutinho mit Unterstützung von Otelo Saraiva de Carvalho und Carlos Fabião gebildet werden. Der „Expresso" führt dazu folgende Simultan-Aktionen der Linken an:
- Vermehrung der Kraftproben der SUV, mit Unterstützung der KP sowie der FUR;
- öffentliche Kontakte von fortschrittlichen Offizieren und Mitgliedern der 5. Division (Propagandaabteilung der Streitkräfte, die im Zuge der Absetzung von Vasco Gonçalves aufgelöst wurde, d. Übers.) mit bestimmten Fabrik-Zonen;
- Kampagne gegen die AMI, das rechte Gegenstück zum linken COPCON;

Schließlich, so schreibt der „Expresso", sei auf der Versammlung der Luftwaffe ein Bericht über Ereignisse vorgelegt worden, die auf die Verhaftung von Azevedo und mehrerer militärischer Minister abgezielt hätten. Diese Pläne für die Nacht vom 1. auf den 2. Oktober seien in Verbindung zu bringen mit dem ungeklärten Tod eines Soldaten der Luftwaffe, der der Chauffeur von Morais e Silva gewesen sei, Chef der Luftwaffe und Mitglied des Revolutionsrates.

Über einen reaktionären Putsch gebe es weniger exakte Informationen (der Eigentümer des „Expresso" ist PPD-Mitglied, d. Übers.). Allerdings werde beobachtet, wie die beiden faschistischen Organisationen ELP und MDLP sich enger aneinander binden und wie sie im Norden und Nordosten des Landes von Spanien her eindrängen.

Frauen gegen Floh de Cologne

BASEL (ID) Am 25. Mai starteten einige Frauen in Berlin eine Aktion gegen das Stück „Tilt" des Floh de Cologne (s. ID nr. 84). Sie wehrten sich gegen die verdrehte Darstellung der Frauen im Stück: „... als nerzbehängte Kapitalistin, Mutter Staat, Lola doof und geil, die nur Ehe und Sicherheit will. ———
Wo waren wir Frauen in der Geschichte des Klassenkampfs? ... Für die Flöhe gibt es weder Frauenkämpfe, Frauenstreiks noch Frauenbewegung!...
Man ließ die Berliner Frauen gar nicht zu Wort kommen, sondern beschimpfte und verjagte sie. Ihre Forderungen nach Veränderung des Stücks sind bis heute nicht erfüllt.

Wir, die Rote Zora Basel, beschlossen, uns mit dem Boykottaufruf gegen die Flöhe zu solidarisieren:

1. Wir unterstützen jede Frauenbewegung, die sich offen gegen ihre Unterdrückung wehrt, wenn sie ihren Kampf als Klassenkampf begreift und sich mit den revolutionären Kämpfen gegen den Imperialismus solidarisiert.
Gleichzeitig muß sie auch die reaktionären Tendenzen in der bestehenden Linken angreifen:
z.B. Frauenunterdrückung,
oder Parteien, die revolutionäre Kämpfe des Volkes abtöten, weil ihnen ihre sture Parteilinie wichtiger ist, weil ihnen ihre bürgerliche Wahlpropaganda überhaupt am wichtigsten ist, etc. ...

2. Genau letzteres ist bei dem Floh-Konzert in Basel geschehen: Schon auf dem Werbeflugblatt fürs Konzert war der größte Teil offene Wahlpropaganda der PDA (schweizer KP) für die Nationalratswahlen. Der ganze Saal war mit Parteitransparenten behängt. Wir Frauen hatten auch ein Transparent mit dabei, welches uns die PDA (KP) verbot, mit in den Saal zu bringen und beschlagnahmte. Offen frauenverräterisch reagierte die PDA, als ihr unser Flugblatt, welches im Saal verteilt wurde, in die Hände fiel. Sie packten wahllos einige Frauen und verprügelten sie vor der Tür in einem Kräfteverhältnis 10 Männer zu einer Frau und warfen sie als heldenhaften Abschluß brutal aufs Straßenpflaster. Später wurden die Flöhe von uns aus einem Dachfenster heraus mit faulen Eiern bombardiert, so daß sie ihre Schau unterbrechen mußten. Darauf begann eine Verfolgungsjagd einer Horde wildgewordener PDA-Molche, welcher es sogar mit Äxten bewaffnet nicht gelang, den „Feind" zu fassen. Schließlich griffen sie zur faschistischsten Maßnahme: Sie holten zwei Schmier-Mannschaftswagen, die zwei Frauen auf dem Dach verhafteten. Diese Frauen kletterten lieber auf ein nasses Dach, als den Hyänen der PDA noch einmal in die Hände zu fallen.
Die POB (Progressive Organisationen Basel, POCH), welche parallel zum Konzert ebenfalls im Volkshaus eine Wahlveranstaltung hatte, schaute in angemessener Distanz interessiert zu, wie Frauen von der PDA verprügelt und später 2 Frauen von der Schmiere abgeführt wurden. Für uns war klar, daß ein Engagement ihrerseits nur an der Seite der PDA bedeutet. —
Am deutlichsten hat uns die Aktion gezeigt, daß zwischen der Reaktion der linken Dogmatiker und dem Schmierterror kein nennenswerter Unterschied mehr besteht, wenn diese „Linken" von militanten Arbeiterinnen auf ihre Frauenfeindlichkeit (Chauvinismus) und andere Armseligkeiten kritisiert werden!

3. Unsere Forderungen:
Entlarven wir den verlogenen „Kommunismus" der politischen Organisationen, die den Klassenkampf verraten!
Antworten wir auf den Chauvinismus und das Reaktionärentum mit Aktionen und Strafkommandos!
Sabotieren wir die frauenfeindlichen Flöhe, bis wir sie gezwungen haben, ihr Stück in unserem Sinn zu ändern!

Frauen gemeinsam sind stark!
Rote Zora Basel, Gruppe der revolutionären Frauenbewegung

TREFFEN DER MINI-LIPS

Besançon (ID/Libe) 30. Oktkober Letztes Wochenende (25.-26.10.) trafen sich im internationalen Heim in Besançon an die 60 Arbeiter und Arbeiterinnen, als Vertreter von etwa 30 Betrieben, die in der letzten Zeit, ähnlich wie der Arbeiterkampf bei Lip, lange und harfte Kämpfe zu bestehen hatten oder noch haben. Wir geben hier eine kleine Aufstellung der wichtigsten Arbeitskämpfe, die, nach dem Vorbild Lip, von den Arbeitern mit Betriebsbesetzungen und dem Verkauf der Produktion geführt wurden.

LIP: 1.300 Beschäftigte (mit der Werkzeugmaschinenfabrik Ornans). In Besançon drei Abteilungen: Uhrenherstellung, Werkzeugmacherei und Präzisionsmechanik. Mit der Drohung der Betriebsauflösung konfrontiert, beschließt die gesamte Belegschaft die Besetzung der Fabrik am 13. Juni 1973. Ein Satz von 60.000 Uhren wird sich als „Pfand" angeeignet. Wenig danach werden die Fließbänder wieder angestellt und die Schwarzverkäufe begonnen. Am 16. August besetzen 1.000 Polizisten die Fabrik. Am 22. September nehmen 100.000 Personen im strömenden Regen an dem Marsch auf Besançon teil. Am 12. Oktober werden die Verhandlungen abgebrochen: „Mit Lip ist Schluß" sagt der damalige Premierminister Messmer. Sie werden im Dezember jedoch mit einem neuen Verhandlungspartner aufgenommen: Neuschwander, dem jetzigen Chef. Im März 1974 werden die ersten wiedereingestellt und bis Janur 1975 hatte jeder wieder seinen alten Arbeitsplatz.

MANUEST: 570 Beschäftigte in der Serienproduktion von Möbeln. Am 30. Oktober 1974 wird die gesamte Belegschaft entlassen. 300 Arbeiter besetzen darauf die Fabrik und bringen darauf eine Sonderserie an Möbeln heraus, deren Verkauf der Finanzierung des Kampfes dienen soll. Nach vielen Verzögerungen von seiten der Regierung und dem Scheitern verschiedener Pläne der Industrie wird im April 1975 eine Arbeiterkooperative gegründet. Im Augenblick werden 200 Personen beschäftigt.

EVERWEAR: Die Fabrik in St. Auentin, die waschbare Bettdecken herstellt, wurde vom englischen Trust „Ventona" geschlossen. Am 10. Februar 1975 besetzen 200 Arbeiterinnen den Betrieb. Gegen den Widerstand der kommunistischen CGT nehmen die Arbeiterinnen, die sich um die CFDT gruppieren, die Produktion von Bettdecken wieder auf und verkaufen sie im Verlauf vieler Schwarzverkäufe. Vor kurzem übernahm die Gruppe Agache-Willot das Unternehmen. Die ganze Belegschaft ist noch nicht wieder eingestellt.

TEPPAZ: Die bekannte Plattenspielerfabrik ging an der Dummheit und Ungereimtheit ihrer Verwaltung zugrunde. Nach der Ankündigung der Schließung der Fabrik beschließt die Mehrheit der Belegschaft (117 gegen 45 Stimmen) die Besetzung. Die

Betriebsgruppe der FO (sozialpartnerschaftliche Gewerkschaft á la DGB) wendet sich auf Initiative der leitenden Angestellten gegen die Betriebsgruppe der CFDT, die eine Wiederaufnahme der Produktion und schwarzen Verkauf organisiert. Kürzlich wurde eine Übereinkunft getroffen, wonach die gesamte Belegschaft am 17. März 1976 wiedereingestellt werden soll.

CARON-OZANNE: Diese Druckerei in Caen wurde im Juli 1974 aus der Fusion zweier Unternehmen geboren. Zehn Monate später wird die Hälfte der 150 Beschäftigten entlassen. Etwa 100 Arbeiter nehmen daraufhin an der Besetzung der Druckerei teil und benutzen die Maschinen, um die Zeitung „Die Entlassungen im Westen (Frankreichs)" herauszugeben, die über sämtliche Arbeitskonflikte des Gebietes berichtet. Die CGT, die als einzige eine Betriebsgruppe hat, weigert sich, die Zeitung zu verbreiten. Kurzfristig ist noch keine Lösung in sicht.

CIP-BAILLEUL: In Haines, in der Steinkohlensenke von Lens, sind 300 Arbeiterinnen im Streik seit dem 18. Juli und haben den Betrieb besetzt. „Wir suchen einen Boß", sagen sie. Aber zur gleichen Zeit nahmen sie die Produktion nach ihrer Vorstellung wieder auf und erfanden neue Arbeitsverhältnisse. Auch hier ist noch keine Lösung in sicht.

Gerberei von ANNONAY: Die Gerberei Saviem, die 2.000 Arbeiter beschäftigt, spielt für die Kleinstadt Annonay (20.000 Einwohner) eine große Rolle. Am 27. Juli 1974 wurden 492 Arbeiter entlassen, was eine kleine Revolution in der Stadt auslöst. Ein Drittel der Einwohner nahm an der Protestdemonstration teil, die die ganze Stadt erfaßte und lahmlegte. Nach 400tägiger Besetzung und schwarzem Verkauf von gegerbten Fellen wurden die Gerbereien am 4. Oktober wiedereröffnet. Von den 285 übrigen Arbeitslosen wurden 125 wiedereingestellt und 15 in eine Schuhfabrik übernommen. Alle Arbeiter über 60 Jahre gehen vorzeitig in den Ruhestand. 130 Arbeiter wurden nicht mehr eingestellt, erhalten jedoch 90 % ihres alten Gehalts, bis sie neue Arbeit gefunden haben. Doch damit sieht es bitter aus.

Ein neues Medium auf unserer Seite — die Telefonzeitung

Zürich (ID) 23.Oktober

Als bekannt wurde, daß die sozialdemokratische Zürcher Tageszeitung AZ Ende 1973 eingestellt werden sollte, überlegten sich Leute der Gruppe „Leserkampf pro AZ", wie man ein aktuelles politisches Medium schaffen könne. Im April 74 fiel zum ersten mal der Vorschlag eines Telefondienstes, seit 21 März 75 kann man regelmäßig Nachrichten in Schweizer Dialekt von der „Telefon Ziitig" hören. In einer Selbstdarstellung wird das Konzept näher erklärt.

Was will und was kann die Telefonziitig erreichen?
Die Arbeiterbewegung im Raume Zürich hat verschiedene Zeitungen zur Verfügung, die mehr oder weniger ausführlich berichten, kommentieren und diskutieren. Der „Leserkampf" wollte nicht einfach ein weiteres Blättchen herausgeben. Denn was in Zürich wirklich fehlt, ist die schnelle, aktuelle linke Tagesinformation. Die Telefonziitig kann diese Lücke wenigstens einigermaßen schließen.

Die Telefonziitig kann nicht
langatmige Diskussionen führen, die theoretische Auseinandersetzung pflegen, fundiert berichten, ausführlich Zusammenhänge aufzeigen. Die Telefonziitig kann rasch informieren, ein aktuelles Thema anschneiden und dabei angeben, wo man sich ausführlicher orientieren lassen kann, Leute erreichen, die man mit den traditionellen linken Medien kaum erreicht.

Wen erreicht die Telefonziitig?
Am ersten Tag versuchten mehrere Tausend Zürcher, die Telefonziitig anzurufen. Schätzungsweise 10 000 Anrufe waren zu verzeichnen, von denen rund 9700 ohne Erfolg waren. In der Startphase konnten nämlich nur gerade höchstens 300 Leute pro Tag die Telefonziitig hören. Heute, nach dem Ausbau, können ohne Wartezeiten ca. 1000 Hörer pro Tag bedient werden. Das Spektrum der Hörer ist deshalb sehr breit, weil sie sich weniger gebunden fühlen, als wenn sie eine linke Zeitung abonnieren müssen. Typisches Zielpublikum sind die Büroangestellten, die „Telefonarbeiter". Aus Hörerreaktionen entnehmen wir, daß die Telefonziitig auch bei Blinden und bei Leuten, die nachts arbeiten, Anklang findet.

Wer macht die Telefonziitig?
Die Telefonziitig wird nicht von einer anonymen Gruppe, sondern vom Verein Leserkampf herausgegeben, der jederman offensteht. Jeder kann an die Veranstaltungen der Telefonziitig kommen. Jeder kann mit uns persönlich sprechen (und zwar auf der Nummer 23 33 01, jeweils werktags zwischen 20 und 22 uhr), Redaktionsschluß ca. 21.oo U hr). Und jeder, der die Vereinsziele (Förderung sozialistischer Medien) unterstützt und der bereit ist, den Monatsbeitrag von Fr 10,; zu bezahlen, kann Mitglied des Vereins Leserkampf werden.

Wie machen wir die Telefonziitig?
Vorläufig erscheint die Telefonziitig fünf bis sechs Mal in der Woche. Geplant ist bereits der Ausbau auf regelmäßig sechs Dienste pro Woche. Für jeden Wochentag ist ein Produktionsteam verantwortlich.

Vorläufig arbeiten wir mit sehr einfachen technischen Mitteln. Deshalb kommt es noch vor, daß die technische Qualität und die Verständlichkeit der Telefonziitig unbefriedigend sind. Das ist weitgehend ein Finanzproblem. Die Produktionsweise mit ziemlich unabhängigen Teams hat den Vorteil, daß die Telefonziitig lebendig und vielfältig ist, den Nachteil, daß hin und wieder Pannen passieren, weil beispielsweise die interne Information nicht funktioniert hat. Das läßt sich deshalb nur langsam verbessern, weil wir alle nebenamtlich und ohne Honorar (im Gegenteil, wir stecken noch Geld hinein) bei der Telefonziitig arbeiten.

Einmal in der Woche treffen wir uns zur Redaktionssitzung, einmal im Monat zur Vollversammlung des Vereins. Es ist geplant, die Sitzungen mit der Zeit öffentlich abzuhalten.

Woher nehmen wir das Geld?
Die Herausgabe der Telefonziitig kostet monatlich ungefähr 800,- Franken, wobei der größte Teil davon für die Lokalmiete weggeht. Nicht eingerechnet sind dabei Anschaffungen, die langfristig notwendig sein werden. Finanziert wird die Telefonziitig einerseits durch die Mitgliederbeiträge des Vereins, andererseits durch Spenden und Aktionen.

Woher nehmen wir die Informationen?
Wir haben somit nicht das Geld, uns bei einer Agentur einzumieten. Wir haben ziemlich viele Zeitungen zur Verfügung. Am wichtigstens aber sind die Meldungen und Veranstaltungen, die uns von den Parteien und Organisationen mitgeteilt werden.

Welche politische Linie verfolgt die Telefonziitig?
Die Telefonziitig ist ein Medium der Arbeiterbewegung, das allen Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung als Dienstleistung zur Verfügung steht. Die Mitarbeiter der Telefonziitig selber gehören verschiedenen linken Richtungen an. Da die Produktionsteams große Autonomie besitzen, unterscheiden sich die einzelnen Dienste oft auch inhaltlich.

Telefonziitig 39 11 12
8004 Zürich, Kanzleistr. 63
Telefon für Kontakte 23 33 01



Sally Moore arbeitete für den FBI

San Francisco (ID) 27. Oktober — Am 22. September feuerte Sally Moore einen Schuß auf US-Präsident Ford ab, als dieser ein Hotel in der Innenstandt von San Francisco verließ. Sie wurde unmittelbar danach festgenommen. Die Polizei und die Presse bezeichneten Moore als eine „radikale Aktivistin", unter den linken Gruppen in San Francisco war sie jedoch als FBI-Informantin wohlbekannt – zudem als höchst labil. Es ist nicht bekannt, daß sie jemals in einer linken Organisation war.

Das FBI-Büro von San Francisco bestätigte, daß Moore von Juni 1974 bis Juni 1975 vom FBI als Informantin bezahlt wurde. Danach wurde sie von der Gehaltsliste gestrichen,da „ihre Verbindung zum FBI publik geworden war" Sie soll jedoch sporadisch bis zum mißglückten Attentatsversuch Informationen an den FBI gegeben haben.

Nach ihrer Festnahme wurde sie von der Polizei als Mitglied der UPU (united prisoners union), einer Organisation, die sich um Strafgefangene kümmert, bezeichnet. Die UPU stellte daraufhin klar, daß Moore niemals der Organisation angehört hat.

(aus: Guardian, New York, 1. Oktober 1975)

ERKLÄRUNGEN

Kollektiver Protest aus dem Gefängnis

Die Frankfurter Rundschau veröffentlichte in den Tagen vom 25.bis 30.Oktober mehrere Berichte über die Situation des Strafvollzugs in mehreren europäischen Ländern und in der BRD.
Diese Berichte präsentieren den Standpunkt der Sachverständigen Und der offiziellen Institutionen.
Der ID hat zwei Berichte und Resolutionen aus den Gefängnissen erhalten,die zeigen ,wie die Betroffenen ihre Lage selbst sehen und welche Forderungen sie stellen.

TEGEL (ID) 29. Oktober — In einem Brief an den Petitionsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses wenden sich die Gefangenen der JVA Tegel gegen ihre unmenschlichen Haftbedingungen und schließen sich der 18 Punkte umfassenden Forderung der UHA Moabit mit einer Unterschriftenliste an. Für die Gefangenen leitet sich die Notwendigkeit für ihren Protest aus ihrer tagtäglichen Unterdrückung ab.

„... Auch wir mußten dort am eigenen Leibe erfahren, was es bedeutet, über Monate oder Jahre hinaus Tag für Tag 23 1/2 Stunden in zum Teil menschenunwürdigen Zellen eingesperrt zu werden und kurz gesagt, einem Vollzug ausgesetzt zu sein, der – laut übereinstimmenden Berichten von Kollegen aus westdeutschen Gefängnissen – in negativer Sicht von keinem anderen deutschen Gefängnis übertroffen werden kann.

Und weil wir dies alles wissen, sehen wir es als unsere Pflicht an, die um ihre elementarsten Rechte und menschlichen Bedürfnisse kämpfenden Kollegen in der UHA Moabit mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Ihr gerechter und notwendiger Kampf für halbwegs menschenwürdige Vollzugsverhältnisse ist auch unser Kampf, und deshalb fordern auch wir Sie auf, eine umgehende Prüfung der Vollzugsbedingungen in der UHA Moabit vorzunehmen und sich für die Durchsetzung der von unseren Kollegen aufgestellten berechtigten 18 Forderungen einzusetzen!

Unabhängig davon haben wir von inzwischen aus der UHA Moabit in die JVA Tegel verlegten Kollegen erfahren, daß die gemeinsame Petition unserer Kollegen in der UHA Moabit von der dortigen Gefängnisverwaltung zum Anlaß genommen wurde, gegen einzelne Unterzeichner der Petition mit Repressalien vorzugehen. Uns ist bekannt geworden, daß mehrere Gefangene wegen dieser Petition von der Arbeit abgelöst, auf andere Flügel und Häuser oder in andere Anstalten verlegt und z.T. isoliert wurden, obwohl – laut Artikel 17 des Grundgesetzes Artikel 1 des Berliner Petitionsgesetzes und Aussagen von mehreren Abgeordneten – alle Menschen, also auch Gefangene, das legitime Recht haben (sollten), sich mit Bitten und Beschwerden in Form von gemeinsamen Petitionen an die „Volksvertretung" zu wenden... Trotz den dadurch zu erwartenden Repressalien und Unannehmlichkeiten werden wir fortfahren, auch weiterhin von unserem Recht auf gemeinsame Petitionen Gebrauch zu machen, weil nur dadurch in effektiverer und glaubwürdigerer Weise als in Einzelpetitionen dokumentiert werden kann, daß die Unzufriedenheit mit den bestehenden Vollzugsverhältnissen ein allgemeines Problem ist und deshalb nicht so einfach als das Produkt von „ewig unzufriedenen Querulanten oder politisch motivierten Umstürzlern, Revoluzzern oder Aufwieglern" diffamiert und diskriminiert werden kann. Außerdem haben wir inzwischen durch die erlebte Praxis erfahren und gelernt, daß wir hier im Gefängnis nur mit Beharrlichkeit, Ausdauer und Konsequenz zu unserem Recht und zu einem gewissen Fortschritt in den Vollzugsverhältnissen kommen können..."

18 Punkte-Petition

1. Bildung einer gemeinsamen Kommission von Vertretern des Abgeordnetenhauses der Anstaltsleitung und gewählten Gefangenen (je Station einer, jederzeit abwählbar), die die Aufgabe haben, die Zustände in der Anstalt zu kontrollieren, bei Konflikten einzuschreiten, und das Recht haben, bei auftretenden Mißständen ungehindert Nachforschungen anzustellen.
2. Überprüfung der teilweise schwachsinnigen und diffamierenden Anstaltsordnung und -bestimmungen durch diese Kommission.
3. Abschaffung des Neckermann-Monopols – mehrere Vertriebsfirmen in die Anstalt; es ist nicht einzusehen, daß die Firma Neckermann aufgrund ihrer Vormachtstellung sich auf Kosten der Häftlinge saniert!
4. a) Verlängerung der Freistunde auf 60 Minuten!
   b) Zusätzlich 3-4 Stunden Zusammenschluß von mindestens drei Gefangenen eigener Wahl (sofern keine Tatgenossen)!
5. Eine volle Stunde (60 Minuten) Besuchszeit!
6. Besseres und abwechslungsreicheres Essen!
7. Bessere und tarifliche Bezahlung der arbeitenden Gefangenen!
8. Qualifizierte Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten (besseres Lehrmaterial in der Anstaltsbücherei und Mitspracherecht), zusätzlich qualifizierte Lehrkräfte an die Anstalt!
9. Schaffung von sportlichen Möglichkeiten (Turnen, Tischtennis etc.) im Interesse unserer Gesundheit! Anmerkung: Für unsere Bewacher existieren Sportgeräte und Räumlichkeiten dafür schon lange!
10. Schaffung von Gemeinschaftsveranstaltungen wie Kino, Fernseher etc.!!!
11. Änderung der Paketbestimmungen! Ein U-Gefangener soll soviel Pakete empfangen dürfen, wie er gerne möchte!
12. Wir fordern, daß Gefangene, die Selbstmordversuche unternehmen, fachärztlich behandelt werden! Wir halten die jetzige Methode: Beruhigungsmedikamente, Beruhigungszelle und eventuelle Prügel nicht für geeignet, sondern für unmenschlich!
13. Wir fordern, zusätzlich zu den Gemeinschaftsveranstaltungen auch Arbeitsgruppen!!!
14. Wir fordern die Abschaffung des Arrests!
15. Wir fordern mehr Rücksichtnahme auf die kulturellen und sozialen Belange unserer ausländischen Mitgefangenen!
16. Wir fordern die Aufhebung der Bestimmung, daß gemeinsame Beschwerden oder Eingaben unzulässig sind!
    Artikel 17 GG besagt: „Jedermann hat das Recht sich einzeln oder in der Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständige Stelle oder Volksvertretung zu wenden."!!!
17. Wir fordern aus hygienischen und gesundheitlichen Gründen 3 mal Baden wöchentlich!
    Wir fordern, daß der Baderaum vollständig mit Gummimatten ausgelegt wird und daß eine Fußsprayanlage eingebaut wird – zur Vorbeugung von Fußpilz!
18. Wir fordern die tägliche Wechselung unserer Unterwäsche, eine Verbesserung des derzeit bestehenden Wäschetausches für alle Gefangenen!

BUTZBACH (ID) 29. Oktober
Resolution von Butzbacher Gefangenen zur Situation im Hause und der zu erwartenden Strafrechtsreform:

„Wir stellen fest, daß die Verabschiedung der sogenannten Strafrechtsreform lediglich der Verankerung bestehender Verordnungen gilt. Der bisherige „Sühnegedanken" wird somit legalisiert. Die leistungsgerechte Entlohnung ist bereits vor Debattenbeginn auf Jahre hinaus verschoben worden. Der Kontakt zu Angehörigen wird weiter auf das unmenschlichste beschränkt. Die Meinung wird weiterhin der Zensur unterworfen (Zeitungskontrolle, Postkontrolle beschränkter Rundfunkempfang, Besucherkontrolle etc.). Kurz, es bleibt bis auf ein paar „Erleichterungen" (Lebenslange können nach zehn (!) Jahren Tagesausgang erhalten), alles beim alten, der Gefangene soll auch in Zukunft zum willenlosen Wesen erzogen werden! (Fließbandarbeit, bis ins Detail geregelte Freizeit) Die oben aufgezählten Maßnahmen und Kontrollen werden in diesem Hause unter der Regie eines rachsüchtigen Tyrannen besonders genau und hart ausgeführt. Neuerungen, die in anderen Anstalten und Bundesländern bereits selbstverständlich sind, werden hier grundsätzlich erst dann durchgeführt, wenn das Ministerium die Anweisung gibt. Eigeninitiative ist für Anstaltsleiter Künkeler ein Fremdwort. Da in diesem Hause die zahlreichen Beschwerden, Anregungen mißachtet und oft genug auch „verloren" gehen, die GMV (Gefangenenmitverantwortung) zur Alibiinstituation für Künkeler wurde, der Anstaltsbeirat bereits im Jahresbericht seine Resignation zum Audruck brachte, sehen wir uns gezwungen, unsere berechtigten Forderungen in dieser Protestresolution zum Ausdruck zu bringen. Da wir, aus der Erfahrung der Vergangenheit, davon ausgehen müssen, daß ein Stück Papier hier eine lächerliche Erscheinung ist, werden wir unsere Forderungen im Sitzstreik, der Arbeitsverweigerung und dem befristeten Hungerstreik unterstreichen. Um ein menschenwürdiges Dasein zu gewährleisten, stellen wir folgende Forderungen auf:

1. Freie Arztwahl – die momentanen Möglichkeiten reichen nicht aus, um die Gesundheit jedes einzelnen optimal zu gewährleisten.

2. Unbeschränkte Meinungsbildung – das heißt Einstellung der Medienzensur (Rundfunk, TV, Zeitungen müssen unzensiert ausgehändigt werden), ebenso Abschaffung der Briefzensur.

3. Unbewachter Besuch – die Familienzugehörigkeit muß gefördert werden, statt wie bisher, zerstört! Dazu gehört auch der Intimverkehr mit der Frau/Freundin. Der Besuch muß mindestens einmal in der Woche gestattet werden.

4. Abschaffung der Isolation – und Einzelhaft. Diese Haftformen sind stark gesundheitsschädlich, daher auch nicht mit „Sicherheitsrisiko zu rechtfertigen.

5. Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung auch tagsüber für die Unbeschäftigten. Auf den Stationen müssen Freizeiträume geschaffen werden, an arbeitsfreien Tagen und in der Freizeit soll der Zusammenschluß (gegenseitiger Zellenbesuch) erlaubt sein.

6. Ausdehnung des Hofganges auf mindestens 90 Minuten. Zur zeit sind die Tiere mit ihrem Auslauf zu beneiden.

7. Jeder soll über seine Zeiteinteilung selbst entscheiden dürfen. Dazu gehört das Anbringen der Lichtschalter innerhalb der Zellen, ebenfalls Steckdosen für Heißwasserzubereitung u.a.

8. Bezahlter Urlaub für j e d e n Gefangenen.

9. Entlassung des „Dr." Maykämper: zwei Tote im Jahr 1975 gehen bereits auf sein Konto.

10. Entlassung des Anstaltsleiters Künkeler – er deckt jeden Terrorakt und hilft bei der Unterschlagung und Vertuschung der Dienstaufsichtsbeschwerden – eine Parallele zu Mannheim ist unverkennbar!"

Ludwigsburg (ID) Zu Haftbedingungen Dr. Hubers

Seit dem 22.7.1971 werden Patienten in den Gefängnissen der BRD gefangen gehalten. Dabei geht die Staatsseite streng nach den Spielregeln der herrschenden Wirtschaftsform vor, als da sind: Vereinzelung, Isolierung, Internierung, Totalentzug, Körperverletzung als Lebensentzug, Privatisierung = Beraubung im Totalumfang.
Im einzelnen sehen die Maßnahmen an Dr. Wolfgang Huber wie folgt aus:

- 15 Monate Isolationsfolter in Rastatt. Juli 1971 – Nov.1972: Sichtblende, Glasbausteine, Stahltür mit Gummidichtung. Diese Isolationsfolter wurde aus Gründen der Prozeßkosmetik von der Staatsschutzkammer Karlsruhe aufgehoben.
- Nach dem Prozeß bis Januar 1974 Stammheim: Hofgang auf dem Zementkäfig, allein oder mit 2–3 „ausgewählten" Gefangenen, jedoch keine gezielte sensorische Deprivation, dafür aber erste Kontroll- und Ausplünderungsschikanen und Sabotage der Telefongespräche mit den Rechtsanwälten.
- Ab Januar 1974 Bruchsal (Schwerverbrechergefängnis für Täter mit ungünstiger „Sozialprognose" und dies, obwohl Urteil noch nicht rechtskräftig). Dort vom Gefängnisarzt Pfahler angeordnete und als „Quarantäne" getarnte 3-monatige Isolationsfolter (vom 9.1. – 28.3.74):
Ersatzlose Ausplünderung bis auf Waschzeug, Briefmarken, 1 Kuli und 50 Bogen Schreibpapier, keine Bücher, nicht mal aus der Zuchthausbibliothek, keine Telefongespräche mit Rechtsanwälten, Essen durch Türklappe, analog Futterklappe für Vieh und Stall, 23 1/2 Std. Einschluß.
- Seit Dezember 1974 Ludwigsburg. Wechselbadweise Isolationsfolter in der Einzelhaft. Ersatzlose Totalausplünderung: Schreibmaschine, alle Bücher, Rauchwaren, alle Utensilien des „persönlichen" Bedarfs, Transistorradio in betriebsunfähigem Zustand bei Weiterbezahlung der Rundfunkgebühren. Nichtaushändigung von Büchern, mit Ausnahme derer, die als Briefpost kommen.

Von Anfang an befindet sich Dr. Wolfgang Huber in strenger Einzelhaft, dazu wechselbadweise Isolationsfolter (s.o.). Ebenso von Anfang an Post- und Besuchszensur. Seit 15.5.75 Nichtbeförderung sämtlicher verschlossener Postsachen, insbesondere Verteidigerpost. Durch diese Art der Verteidigerüberwachung sollen die Spuren der sozialen Skelettierung schon im Keim ihrer Entstehung verwischt werden.

Dazu kommt seit Januar 74 Einkaufssperre; von 9 Paketen zu Festtagen nur eins erhalten; Zurückhalten von Büchersendungen, Vorenthalten geistiger Abführmittel (Gehirnzensur).

Dr.W.Huber wird seit Ludwigsburg in einer sogenannten „Sicherheitszelle" isoliert, deren Fenster (angebracht in ca. 1,80 m Höhe) über die ganze lichte Höhe und Breite von außen mit einer undurchsichtigen Plexiglasscheibe verrammelt ist, was eine Totalabsorbtion zumindest sämtlicher UV-Komponenten des Spektrums bedeutet. Belüftet werden praktisch nur die Luftschichten in 1,80 m Höhe und das auch nur an besonders stürmischen Tagen. Geatmet wird das, was dank der größeren Dichte und Atom-, und Molekulargewicht entsprechend absinkt: N_2, Stickoxyde, CO, CO_2, etc. Das bedeutet langsame Vergasung, mit der Folge innerlicher Erstickung auf dem Weg einer chronischen Störung der Fermentsynthese und -funktion samt Auswirkungen auf den Mikrostoffwechsel sämtlicher inneren Organe. Desweiteren: Blendung im Sinne von Erblindung (arteficielle Amaurose) durch permanente Einwirkung von zu 98% schädlichen Anteilen „Licht" aus der Kunststoffröhre bzw. Halbdunkel. Nach der Wissenschaft zu erwartende Schaden: Optiousatrophie (geschrumpfter Sehnerv) – erste diesbezügliche Sehstörungen innerhalb von Wochen, Stadium der allmählichen Erblindung so ab 4 Jahren.

Das ganze also: 4 Jahre Einzel- und Isolationshaft, Gas- und Blendkammer, Entzug von Vitalsubstanz in Perfektion – und das alles ohne irgendwelche Spuren oder Fingerabdrücke der Verantwortlichen.

Die Exekutive setzt diese Versuche totaler Kontrolle, die durch nichts zu begründen und durch nichts zu rechtfertigen ist, gegen Verweigerung jeder Art Kollaboration und aktiven Zensurboykott, die sehr wohl, und zwar politisch begründet sind und durch kein Gesetz verboten sind. Der totale Kollaborationsboykott von Dr.W.Huber ist im psychiatrischen Sinn vollauf realitätsadäquat und als Verhalten gegen Entmündigungsversuche der schizophrenogenen Absicht entgegenwirkend.

Kann man bei dem gegenwärtigen Stand der Isolationsfolter (siehe einschlägige Veröffentlichungen) hinsichtlich des

Ausmaßes ihrer ärztlicherseits zu verantwortenden Verursachung schon nicht im Zweifel sein, so liegt die Iatrogenität im Fall „Quarantäne" (s.o.) klar auf der Hand. Hierbei Isolationsfolter unter dem garnicht begründeten Vorwand, Ersatz für eine Untersuchung zu sein; 2 1/2 Jahre in den verschiedenen Gefängnissen waren über die Folterbühne gegangen und kein Stück sonstiger Seuche war ruchbar geworden! – Über drei Monate hinweg als ausschließlich ärztliche Maßnahme durchgespielt, wobei der „Herr Kollege" Pfahler auch vor – in diesem Zusammenhang wohl einmalige zusätzliche Maßnahme der geistigen Aushungerung durch Ausschluß aus dem „Leihverkehr in Sachen Lesestoff" nicht zurückschreckte.

Auch für die vorläufig letzte Etappe Isolationsfolter (Ludwigsburg Beginn 15.5.75) – wechselbadweise besonders wirksam – gab es umstandslos die ärztliche Blankovollmacht.

Über die zentrale Verantwortlichkeit der Ärzteschaft für die praktizierte Einzelhaft und Isolationshaft in der BRD bestehen keinerlei Zweifel. Die Ärzteschaft als gutes Gewissen der Ordnungskräfte ist gleichzeitig Initiator, Exekutor und Ideologieproduzent der Einzel- und Isolationshaft. Die praktizierte Einzel- und Isolationshaft ist substantiell Sache der Ärzteschaft – ohne ihre Einwilligung bzw. deren stillschweigendes Einverständnis wäre die praktizierte Vernichtungshaft nicht möglich. Laut Wissenschaft sind totale Isolation mit sensorischer Reizausschaltung dazu geeignet, Funktionsstörungen hervorzubringen, die sonst nur beim Verlust von Hirnsubstanz beobachtet werden. (neben der bekannten wissenschaftlichen Literatur hierzu v.Baeyer,Häfner, Kisker in „Psychiatrie der Verfolgten", 1964).

Die Lebensfeindlichkeit der Einrichtung Einzelhaft ist wissenschaftlich schon längst bewiesen. Die Ärzteschaft war bisher jederzeit und massenhaft bereit, an Vernichtungsprogrammen gegen die kranke Bevölkerung mitzuwirken: im 3. Reich, heute bei der Isolationsfolterhaft.

Seit deuestem wird Dr.W.Huber nach freier Willensentscheidung der beamteten Wärterschaft und auf der untersten Stufe der Knasthierarchie auf Sparflamme gesetzt: das bedeutet: Halbierung des Fraßes, wobei dieser nur noch aus wurmstichigem Abfall besteht, den nicht einmal ein deutscher Hund anrühren würde. Das Ganze firmiert unter dem Markenzeichen „Schonkost", was so zu verstehen ist, daß es die Verantwortlichen vor Kritik schont und nichts kostet.

Dieser willkürliche Sadismus der beamteten Wärterschaft führt in letzter Konsequenz zum Hungertod. Nach Informationen ist Dr. W.Huber auch entsprechend bis auf das Skelett abgemagert. Um diese physische Skelettierung nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, wird mit allen Mitteln versucht, Kontrolle zu verhindern und die Isolation zu perfektionieren.

So wird zum Beispiel seine 74jährige Mutter mit Täuschungen, Tricks und Lügen daran gehindert, ihren Sohn zu sprechen. So wird desweiteren sein Anwalt trotz einwandfreier Rechtslage am Besuch seines Mandanten gehindert.

Als Begründung dafür wird von der Vollzugsanstalt angeführt, daß nach ihrer Auffassung eine Gnadensache keine anwaltliche Tätigkeit sei. Das Recht schließt damit ein Rechtsorgan und somit sich selbst aus.

Kontaktadresse: Gerhard Schuck, 68 Mannheim, G 7,24

Gegendarstellung: Dieter Hartmann

Frankfurt (ID) Dieter Hartmann (siehe ID 97 „Repression in Kassel") sitzt in Köln-Ossendorf in Strafhaft. Gleichzeitig besteht Haftbefehl und ein laufendes Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen § 129 (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung). Seine sogenannten Privilegien, die dem Kollektiv Rote Hilfe München als Spitzelbeweis dienen, bestehen bisher in Einzelhaft, Besuchsüberwachung durch das BKA, Zensur selbst der Tageszeitung, Zellenkontrollen und Einzelvorführungen (die noch immer praktiziert werden, obwohl sie im April aufgehoben wurden). Dieter Hartmann besitzt also alle Privilegien eines unliebsamen Strafgefangenen.

Darüberhinaus ist sein Gesundheitszustand äußerst schlecht: aufgrund einer alten Narbe in der Herzhinterwand besteht Infarktgefahr, er hat starke Kreislauf- und Konzentrationsstörungen. Ihn unter diesen Umständen als Spitzel zu bezeichnen,ist zynisch und zielt auf seine psychische Vernichtung.

Wenn jemand durch mögliche Aussagen von Dieter Hartmann betroffen ist, und es ist fraglich genug, ob und wie er ausgesagt hat, muß er zuallererst bei sich nachfragen, welchen Anteil er selbst daran hat. Das Problem von Aussagen und darüberhinaus von Verrat ist nicht durch individuelle Denunziation zu lösen, nach dem Motto: schon wieder ein Spitzel, den wir jetzt fertig machen können. Es stellt sich immer als politisches Problem der Gruppen und Individuen, die davon betroffen sind. Die Bereitschaft zu Aussagen und Verrat wächst unter den Bedingungen von Härte und Unsensibilität innerhalb der politischen Szene. Wer bei seiner Festnahme nicht mehr weiß, wer Freund ist, und wer Feind, dessen Bereitschaft auszusagen ist gewiß größer.

In diesem Zusammenhang ist es auffällig, daß zum ersten Mal seit fast einjähriger Einzelhaft auf Dieter Hartmann aufmerksam gemacht wird: mit eben jener originellen Spitzeldenunziation.



(DAZU S.3 EIGENTOR DER FIRMA BEIERSDORF)



Dies sind Titel von Zeitungen, die Soldaten der Bundeswehr machen und die im Bericht des Verfassungsschutzes vom Jahr 1974 veröffentlicht sind unter dem Titel „betrifft Rechts, und linksextremistische Bestrebungen, Spionageabwehr, Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern“. Herausgeber : Bundesminister Maihofer